



Die
Bundesregierung

BundOnline 2005

**Umsetzungsplan
für die
eGovernment-Initiative**



Vorwort

eGovernment-Initiative



Mit dem Umsetzungsplan für die eGovernment-Initiative BundOnline 2005 hat die Bundesregierung eine weitere wichtige Voraussetzung für eine moderne und dienstleistungsorientierte Verwaltung geschaffen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte im September 2000 die eGovernment-Initiative BundOnline 2005 gestartet und die Bundesverwaltung verpflichtet, ihre internetfähigen Dienstleistungen bis zum Jahr 2005 online bereit zu stellen. Die Bundesbehörden haben mit der Umsetzung begonnen und die Modellprojekte der Initiative sind Beleg dafür, dass erste attraktive Dienstleistungen bereits online angeboten werden.

Der Umsetzungsplan bildet nun die Strategie und die Rahmenvorgabe für eine umfassende Modernisierung. Der Bund wird in den Jahren 2002 bis 2005 seine 355 internetfähigen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und andere Verwaltungen online bereitstellen.

Dabei wird eine Reihe von Voraussetzungen für die Verwaltung im Internet zentral aufgebaut und von der gesamten Bundesverwaltung genutzt werden können. Dazu gehören z. B. Formulare, die Möglichkeit, online zu bezahlen oder die Datensicherheit durch die digitale Signatur. Die Bundesverwaltung wird auf möglichst vielen Feldern koordiniert vorgehen; sie wird gemeinsame Standards und zentrale Lösungen schaffen, wo dies nötig und sinnvoll ist.

Unter diesen Voraussetzungen ist der erhebliche Finanzbedarf von rund 1,65 Mrd. Euro bis zum Jahr 2005 eine Investition in die Zukunft. Die Bundesregierung sorgt mit der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 dafür, dass Bürger, Wirtschaft und andere Verwaltungen die Dienstleistungen der Bundesverwaltung einfacher, schneller und kostengünstiger in Anspruch nehmen können. Dadurch werden die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Politik und Verwaltung gefördert und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland erhöht.

Otto Schily, Bundesminister des Innern



Inhalt

Vorwort Otto Schily	3
Zusammenfassung	6
I. BundOnline 2005 – die eGovernment-Initiative der Bundesregierung	8
II. Gemeinsamer Umsetzungsplan für die Bundesverwaltung	10
III. Dienstleistungen	12
1. Status quo eGovernment	13
2. Kritische Würdigung der bisherigen Aktivitäten	16
3. Produkte und Dienstleistungen des Bundes	17
4. Nutzensicht	24
IV. Rechtliche Voraussetzungen	26
V. IT-Zukunftskonzept	30
1. Ausgangssituation	31
2. Gestaltungsprinzipien	32
a. Zentral geplante und dezentral bereitgestellte Basiskomponenten	33
b. Zentral geplante und zentral bereitgestellte Basiskomponenten	35
c. IT-Standards und -Architekturen	37
d. Dezentrale Fachanwendungen	37
e. Prozessuale Anpassungen	38
f. Zentrale Koordinations- und Steuerungskompetenz	38
VI. Umsetzungsplan	40
Zuordnung der Dienstleistungen nach Machbarkeit	41
VII. Finanzbedarfsschätzung	44
1. Ergebnisse im Überblick	46
2. Ergebnisse auf Ebene der Ressorts	48
VIII. Nächste Schritte	50
Anhang 1: Kurzprofile der Modellverfahren	52
Anhang 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung	56

Zusammenfassung

Der Umsetzungsplan der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 enthält

- einen Vorschlag, welche Dienstleistungen des Bundes in welchem Jahr des Umsetzungszeitraumes 2002 bis 2005 online bereitgestellt werden sollen
- einen Vorschlag, welche technischen Voraussetzungen und Standards, insbesondere für zentral bereitzustellende Komponenten, für die Sicherstellung einer zügigen und reibungslosen Umsetzung erforderlich sind sowie
- die Ermittlung des Finanzbedarfs, aufgeteilt auf die Jahre 2002 bis 2005 sowie aufgeteilt auf die einzelnen Ressorts.

Die Vorgabe des Bundeskanzlers, „alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis zum Jahre 2005 online bereit zu stellen“, betrifft knapp 400 Dienstleistungen. Die zeitliche Verteilung dieses ambitionierten Arbeitspaketes richtet sich einerseits nach der technischen Machbarkeit und den rechtlichen Rahmenbedingungen, andererseits nach der Verfügbarkeit entsprechender Umsetzungsressourcen (Personal, Systeme) in den Ministerien und Bundesbehörden. Dies setzt umfangreiche Umstrukturierungsmaßnahmen in den Ressorts voraus.

Im Rahmen der Initiative BundOnline 2005 wurden die Aufgaben der Bundesverwaltung aus der Perspektive eines modernen Dienstleistungsunternehmens analog zur Privatindustrie betrachtet. Dies erfordert zunächst eine neue Definition des Dienstleistungsbegriffs in der Bundesverwaltung entlang der Wertschöpfungskette, die auf externe Kunden ausgerichtet ist. Die Dienstleistungen werden durch die einzelnen Arbeitsschritte unter dem Gesichtspunkt der Effizienz festgelegt. Ziel für die einzelnen Ressorts und damit die Bundesverwaltung insgesamt muss sein, das jeweilige Dienstleistungsportfolio möglichst qualitätsorientiert und kundenfokussiert zu erbringen. Hierbei muss auch Berücksichtigung finden, welche Schlüsseldienstleistungen des Bundes für Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und andere Verwaltungsbereiche besonders wichtig und daher vorrangig zu realisieren sind. Die Verwaltung sollte dabei auch berücksichtigen, welche Vorteile sich durch die Online-Bereitstellung gegenüber der traditionellen Inanspruchnahme bei Nutzern und auf Behördenseite ergeben.

In technischer Hinsicht verfügt die Bundesverwaltung über tragfähige IT-Strukturen, welche die Einführung von eGovernment unterstützen. Die technische Machbarkeit der Dienstleistungen wird im Wesentlichen durch die Bereitstellung von Basiskomponenten (Datensicherheit, Zahlungsplattform, Dokumentenmanagement etc.) und dienstleistungsspezifischen Anwendungen determiniert.



Die Anwendungen stellen weitestgehend dienstleistungsindividuelle Softwarekomponenten dar und werden dezentral in den einzelnen Behörden bereitgestellt. Im Gegensatz hierzu können die Basiskomponenten in gleicher oder ähnlicher Form für eine Vielzahl an Dienstleistungen genutzt werden. Sie decken bestimmte Funktionalitäten in einer allgemeinen Form ab und bieten daher ein breites Einsatzgebiet.

Während einige Basiskomponenten lediglich zentral geplant und dezentral bereitgestellt werden (z. B. Vorgangsbearbeitungssysteme), bietet es sich in anderen Bereichen (z. B. Zahlungsplattform) an, die Systeme zentral für die Nutzung durch alle Behörden bereitzustellen. Eine zentrale Planung und dezentrale Bereitstellung bietet sich in den Fällen an, in denen das System individuell an die Erfordernisse der Behörde angepasst werden muss, grundsätzlich jedoch der gleiche Prozess zur Einführung des Systems durchlaufen werden muss. Falls eine zentrale Bereitstellung der einzelnen Systeme erfolgt, verringern sich die dezentralen Aufwände zum Teil erheblich und es fallen lediglich die Anbindungskosten der Behörde an das zentrale System an.

Grundsätzlich ist die Stärkung zentraler Strukturen mit dem Ziel einer effektiveren Koordination und der zentralen Bereitstellung von Know-how anzustreben. Besondere Berücksichtigung findet hierbei die Bereitstellung von anwenderfreundlichen, aber den rechtlichen Rahmenbedingungen genügenden Signatursystemen.

Insgesamt erfordert die eGovernment-Initiative finanzielle Mittel in Höhe von 1,65 (plus/minus 0,2) Mrd. Euro in den Jahren 2002 bis 2005. Der größte Teil dieses Bedarfs wird für Fachanwendungen in den Ressorts und die damit einhergehenden Reorganisationsprojekte einzusetzen sein. Schulungsmaßnahmen, Koordinationsaufwand, Basiskomponenten sowie infrastrukturelle Verbesserungen wurden in diesem Betrag ebenfalls eingerechnet. Zeitlich gesehen ergibt sich der größte Finanzbedarf in den Jahren 2003 (31 %) und 2004 (37 %), während in 2002 (13 %) primär Aufbau- und Vorbereitungsarbeiten anstehen und 2005 (19 %) dem Abschluss der Dienstleistungsbereitstellung gewidmet ist. Etwa drei Viertel des gesamten Finanzbedarfs müssen von vier Ressorts (BMF, BMVBW, BMI, BMWi) sowie den beiden Selbstverwaltungskörperschaften Bundesanstalt für Arbeit und Bundesversicherungsanstalt für Angestellte aufgebracht werden.

Der Berechnung des Finanzbedarfs wurde zu Grunde gelegt, dass der Umsetzungsplan zentral koordiniert und dezentral implementiert wird. Mit der Umsetzung der Initiative schafft die Bundesregierung die Infrastruktur für eine bürgerfreundlichere sowie effizientere Bundesverwaltung und sichert darüber hinaus nachhaltig eine wettbewerbsfähige Position für Deutschland in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts.

I.

BundOnline 2005





Die eGovernment-Initiative der Bundesregierung

Am 18. September 2000 hat Bundeskanzler Schröder die eGovernment-Initiative BundOnline 2005 gestartet. Durch sie hat sich die Bundesregierung verpflichtet, alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2005 online bereit zu stellen.

BundOnline 2005 ist ein wichtiger Baustein der Politik der Bundesregierung für die Entwicklung Deutschlands zu einer Informationsgesellschaft. BundOnline 2005 soll dafür sorgen, dass Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und andere Verwaltungen die Dienstleistungen der Bundesverwaltung einfacher, schneller und kostengünstiger in Anspruch nehmen können. Dadurch wird die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Politik und Verwaltung ebenso gefördert wie der Wirtschaftsstandort Deutschland.

BundOnline 2005 ist zudem wichtiger Bestandteil der umfassenden Verwaltungsmodernisierung. Konsequente eGovernment-Projekte sind Impulse zur Modernisierung der Geschäftsprozesse der öffentlichen Verwaltung. Durch BundOnline 2005 kann eine flächendeckende Vereinfachung von Strukturen und Abläufen der Bundesverwaltung erreicht werden.

Die Haushaltskonsolidierung des Bundes erfordert das Nutzen aller Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten ohne Einbußen der Leistungsfähigkeit des Staates. eGovernment-Projekte eröffnen diese Möglichkeit.

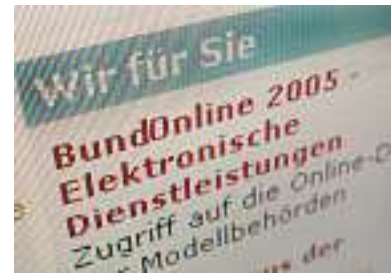
Auf der Behördenleitertagung der Bundesverwaltung am 14. Mai 2001 in Berlin haben Bundeskanzler Schröder und Bundesinnenminister Schily deutlich gemacht, dass die Umsetzung der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 Chefsache sein muss – in den Bundesministerien und in den nachgeordneten Behörden.

II. Gemeinsamer Umsetzungsplan für die Bundesverwaltung

Die Erfahrungen großer Wirtschaftsunternehmen haben gezeigt, dass der Erfolg von eBusiness-Initiativen von konkreten Vorgaben durch die Unternehmensleitung abhängt. Die zeitnahe und kostengünstige Umsetzung einer eBusiness-Initiative setzt ein gemeinsames Ziel, einen Umsetzungs- und Finanzierungsplan, die Festlegung konkreter Umsetzungsschritte für die unterschiedlichen Geschäftsfelder sowie gemeinsame Infrastrukturen des Unternehmens voraus.

Die allgemeine Verpflichtung, alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis Ende 2005 online zu erbringen, ist als Vorgabe für die Umsetzung in den Behörden zu undifferenziert. Es besteht die Gefahr eines unkoordinierten, überstürzten oder zu langsamen Herangehens der einzelnen Behörden. Zur strategisch ausgerichteten, koordinierten Umsetzung von BundOnline 2005 ist ein eGovernment-Umsetzungsplan für die gesamte Bundesverwaltung erforderlich, der auch die spezifischen Anforderungen der Bundesministerien und Bundesbehörden berücksichtigt.





Das Bundeskabinett hat deshalb das Bundesministerium des Innern am 25. Juli 2001 beauftragt, den Entwurf eines Umsetzungsplans für die eGovernment-Initiative BundOnline 2005 zu erarbeiten. Der Umsetzungsplan schlägt vor, welche Dienstleistungen des Bundes vorrangig und zu welchem Zeitpunkt online erbracht werden sollen. Er bestimmt technische Standards für und organisatorische Anforderungen an Online-Dienstleistungen des Bundes. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass die Ressorts im Verlauf der nächsten Jahre ergänzende Maßnahmen angehen können, wenn erkannt wird, dass sie einen erheblichen Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung und speziell zur erfolgreichen Umsetzung der Initiative BundOnline 2005 leisten werden.

Der gemeinsame Erfolg von BundOnline 2005 hängt zudem ganz wesentlich davon ab, dass mehrfache Investitionen in ähnliche technische Komponenten, inkompatible und nicht interoperable Lösungen in verschiedenen Behörden vermieden werden. Erforderlich ist deshalb ein gemeinsamer Realisierungsplan für die Entwicklung und Einführung zentraler Komponenten, die von der gesamten Bundesverwaltung genutzt werden.

eBusiness-Programme erfordern erhebliche Investitionen in IT-Systeme und IT-Spezialisten. Entsprechende Programme der Wirtschaft und anderer westlicher Industriestaaten




werden fast durchweg durch Investitionsprogramme unterstützt. Dies ist in der Bundesverwaltung noch nicht der Fall. Ein Grund dafür ist eine bisher fehlende, solide Basis, um den Finanzbedarf für BundOnline 2005 zu ermitteln. Auf der Grundlage eines Umsetzungsplanes kann der Finanzbedarf für die Umsetzung der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 in den Jahren 2002 bis 2005 ermittelt werden.

Für eine strategisch ausgerichtete, koordinierte Umsetzung von BundOnline 2005 sind ressortübergreifende organisatorische Strukturen erforderlich. Die Bundesregierung hat deshalb unter Federführung des Bundesministeriums des Innern die Projektgruppe „BundOnline 2005“ eingerichtet. Die Projektgruppe hat in Abstimmung mit den Bundesministerien den Umsetzungsplan für die Bundesverwaltung entworfen und unterstützt die Bundesministerien und die Bundesbehörden bei der strategischen Planung, Koordinierung und Umsetzung der Initiative BundOnline 2005.

Mit dem jährlichen Bericht des Bundesministeriums des Innern an das Bundeskabinett wird dieser Umsetzungsplan aktualisiert und fortgeschrieben.

III.

Dienstleistungen



IS Bun
Service-An



Die Bundesverwaltung verfügt über ein umfangreiches Dienstleistungsportfolio, das aus 383 Dienstleistungen besteht. Nur sehr wenige Dienstleistungen daraus sind nicht onlinefähig; in den meisten Fällen können und sollten zumindest Teilschritte elektronisch abgewickelt und angeboten werden. Ein großer Teil der onlinefähigen Dienstleistungen stiftet dabei erheblichen Nutzen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden, da

- teilweise sehr viele Nutzer erreicht werden und damit hohe Fallzahlen einhergehen,
- erhebliche Vorteile bei der Inanspruchnahme gegenüber dem traditionellen Angebot entstehen (Zeitersparnis, Kostensenkungen, Erleichterungen, Komfortgewinn) und
- auf Seiten der Behörde erhebliche Ressourcensparnisse erzielt werden können.

Diese Nutzenpotenziale treten bereits bei einfachen Informationsdienstleistungen in bedeutendem Ausmaß auf und werden bei transaktionsorientierten Diensten weiter verstärkt. Einige Dienstleistungen sind besonders im Hinblick auf potenziell benachteiligte Nutzergruppen im Sinne der Förderung der digitalen Integration bzw. im Hinblick auf Sicherheitsaspekte relevant.

Etwa ein Drittel der Dienstleistungen sind primär Informations-Angebote, die jedoch in den meisten Fällen über ein bloßes Anbieten von statischen Informationen auf einer Webpage hinausgehen; ein weiteres Drittel sind Antragsverfahren mit in der Regel komplexem Ablauf und transaktionsorientierter Komponente. Beide Dienstleistungstypen sollten den Schwerpunkt bei der Umsetzung bilden.

1. Status quo eGovernment

Mit der Verpflichtung der Bundesverwaltung durch Bundeskanzler Gerhard Schröder, alle internetfähigen Dienstleistungen bis 2005 online anzubieten, wurde der Aufbau von eGovernment mit einem klaren Auftrag versehen.

Die Bundesverwaltung befindet sich in einer guten Startposition, um dieses Ziel zu erreichen. Vorarbeiten wurden bereits geleistet und in einigen Bereichen konnten schon Erfolge erzielt werden. Dennoch bedarf es eines gezielten und koordinierten Vorgehens, um die Erfüllung des Auftrags in der Fläche zu erreichen.

Im Folgenden werden zunächst herausragende Maßnahmen der Verwirklichung von eGovernment aufgezeigt.

Erste Maßnahmen Der Start der Initiative BundOnline 2005 ist gekennzeichnet durch drei wesentliche Maßnahmen. Gleich in der Anfangsphase der Initiative gelang es, mit Modellprojekten innovative eGovernment-Lösungen in der Bundesverwaltung zu identifizieren. Ein weiterer wesentlicher Schritt ist der Aufbau eines Portals der Bundesverwaltung (www.bund.de). Das Erstellen eines eGovernment-Handbuches ist ein weiterer Schritt, mit dem die Einführung von eGovernment systematisch unterstützt wird.

Best-Practice-Beispiele: Modellprojekte und weitere Vorreiter Im Rahmen der Initiative BundOnline 2005 werden derzeit innovative Verfahren verschiedener Ministerien und Behörden verfolgt, die als Best-Practice-Beispiele erste Lösungen aufzeigen. Diese Modellprojekte umfassen ein breites Spektrum. Mittlerweile erhielten insgesamt 18 eGovernment-Lösungen den Status eines Modellprojekts. Die Modellprojekte werden durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) beraten.

Status Modellprojekte

	Ressort/Behörde	Umsetzungsstand	Interaktionsgrad	Nutzungsgrad
BAFÖG-online	BMI/BVA	in Betrieb	eng strukturiertes Antragsverfahren	12.000 Nutzer seit 01.11.2000/ 8 % der Anträge
Elektronischer Projektträger	BMWi	in Betrieb, Ausbau der Funktionalitäten	Antragsverfahren	ca. 1.250 Forschungsvorhaben
Arbeitsamt online	BMA/Bundesanstalt für Arbeit	in Betrieb, Relaunch geplant	Information/ Recherche	250.000 Aufrufe/Tag
DEPATISnet	BMJ/DPMA	in Betrieb, Ausbau geplant	Information/ Recherche	ca. 5.000 Nutzer/Tag
Öffentlicher Eink@uf online	BMWi/BMI/ BeschA/BBR	Prototyp bis 12/01	Komplexe Transaktionen	über 3.000 Beschaffungsaufträge p. a. (potenziell)
Statistik-Shop	BMI/StBA	in Betrieb	Bestellservice	13.000 registrierte Kunden
DIGANT	Bundesdruckerei	in Betrieb, Ausbau erfolgt	Antragsverfahren	ca. 100 Kommunen bis Ende 2001
ELSTER	BMF/OFD München, Erfurt	in Betrieb, Ausbau geplant	Antragsverfahren	ca. 400.000 Steuererklärungen
IFOS-Bund	BMI/BAköV	in Entwicklung	Recherche, Anmeldungen	ca. 10.000 Kursteilnehmer/Jahr (potenziell)
Bestätigungsabfrage UST Ident.Nr.	BMF/BfF	in Betrieb	Datenabgleich	14.000 Online-Abfragen, 1.000 WAP/Fax im Monat
w3stat	BMI/StBA	in Betrieb	Datenübermittlung in eine Richtung	ca. 10.000 Unternehmen
PROFI	BMBF/BMWi	in Betrieb, Ausbau der Funktionalitäten	Antragsverfahren	1.400 eingetragene Nutzer/ 15.000 laufende Vorhaben
ATLAS	BMF/Zollverwaltung	in Betrieb, Ausbau erfolgt	Transaktion (x400 mit Internet-Anbindung)	49 Zollstellen für Einfuhrfunktionalität, 8 für Ausfuhr
Geodatenystem	BMI/BKG	Metainformation, Vertrieb in Entwicklung	Metainformation/ Bestellservice	3.000 Zugriffe/Monat
Asylis Web	BMI/BAFI	Eingeschränkter Wirkbetrieb	Information/ Recherche	Eingeschränkter Nutzerkreis
Zentraler Liegenschaftsnachweis	BMF/BVV	Echtbetrieb bis 12/01	Information/ Recherche	Voraussichtlich hoch
Bildungskredit	BMBF/BMI/BVA/Deutsche Ausgleichsbank	in Betrieb	Bewilligungsverfahren m. Online-Beantragung	4.680 Nutzer seit 01.4.2001/ 60 % der Anträge
BSV-Direkt	BMF/BSV	im Aufbau	Online-Banking mit Bundeswertpapieren	Voraussichtlich hoch (derzeit 1,1 Mio. Konten)

Bei den Modellprojekten handelt es sich um getrennt voneinander entwickelte Einzelanwendungen, die Lösungsmöglichkeiten für spezielle Aufgaben aufzeigen. Die derzeitigen Modellprojekte wurden bereits vor dem Start der Initiative BundOnline 2005 konzipiert. Sie schaffen einen Anreiz und eine Orientierungshilfe für andere Bereiche der Verwaltung und zeigen auch einer breiten Öffentlichkeit den Nutzen innovativer Lösungen.

Auch über den Kreis der Modellprojekte hinaus gibt es in der Bundesverwaltung einige innovative Verfahren in den verschiedenen Behörden, die bisher erzielte Fortschritte anzeigen. Beispiele dafür sind:

- ▶ **ELWIS** Das elektronische Wasserstraßen-Informationssystem der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (www.elwis.de) umfasst u. a. Nachrichten für die Binnenschifffahrt, gewässerkundliche sowie verkehrswirtschaftliche Informationen bis hin zu Datenangeboten rund um die Freizeitschifffahrt. Zurzeit verzeichnet ELWIS rund 1.100 Nutzer pro Tag.
- ▶ **GEIN** Das Umweltinformationsnetz Deutschland (German Environmental Information Network - www.gein.de)

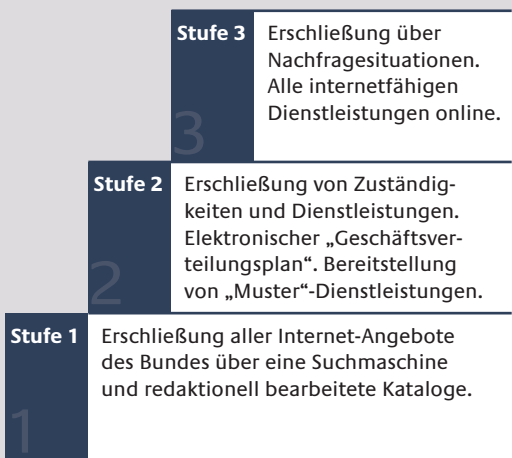
erschließt die über die Webseiten zahlreicher öffentlicher Einrichtungen – wie Umweltbehörden, Bundes- und Landesämter, Ministerien – verteilten Informationen und dient so als Informationsbroker für Umweltinformationen in Deutschland. Rund 70 Anbieter von Umweltinformationen aus Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen aus Bund und Ländern sind im GEIN zusammengeschlossen. Hinter diesem vom Bundesumweltministerium koordinierten Angebot stehen über 130.000 einzelne Webseiten und zahlreiche Schnittstellen zu Datenbanken (dynamische Webangebote).

Auch ohne den Status eines Modellprojekts zeigen diese Beispiele die erfolgreiche Nutzung des Internet zur Erweiterung und Verbesserung des Serviceangebotes des Bundes.

Portal „www.bund.de“ Eine wesentliche Vereinfachung des Zugriffs auf das Online-Angebot der Bundesverwaltung erfolgt durch das Portal www.bund.de. Bereits zur CeBIT 2001 konnte www.bund.de in Betrieb genommen und einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Nach Inbetriebnahme des Portals www.deutschland.de ist eine Verlinkung vorgesehen.

Portal „www.bund.de“

Ausbaustufen von www.bund.de



- ▶ Derzeit Konzentration auf „Suchen und Finden“, Hauptbereiche

Behördenbaum: Liste der Bundesbehörden

Themenkatalog: Derzeit Fachinformationen aus den Ressorts und Behördendienstleistungen ohne weitere Differenzierung

Servicebereich: Links zu Modellprojekten, Ausschreibungen, erster Ansatz Jobbörse

Spezifische Links zu anderen Verwaltungen (Basis-Links zu Einrichtungen, umfangreichere Pilotverknüpfung mit Rheinland-Pfalz)

Suchmaschine

Weitere Informationen/Links

- ▶ In den anstehenden Ausbaustufen 2 und 3 wird jedoch schrittweise ein **Dienstleistungsportal** angestrebt:

Orientierung: Verstärkung der Nutzerorientierung durch „elektronischen Geschäftsverteilungsplan“ in Stufe 2 und Lebenslagen in Stufe 3

Service: Positionierung des Portals als Zugriffsplattform auf die Dienstleistungen des Bundes, dabei auch eventuell eigene Zahlungsplattform

Bei dem Portal in derzeitiger Form handelt es sich um die erste von drei Stufen, die bis 2005 verwirklicht werden; es dient als Orientierungshilfe zum Auffinden der Online-Auftritte der Bundesbehörden sowie des Informations- und Serviceangebotes der Bundesverwaltung. In den anstehenden Ausbaustufen 2 und 3 wird angestrebt, das Portal als Zugriffsplattform für die Dienstleistungen des Bundes zu positionieren und die Nutzerorientierung zu stärken – dazu wird u. a. ein elektronischer Geschäftsverteilungsplan angeboten werden sowie eine Präsentation nach Nachfragesituationen erfolgen.

eGovernment-Handbuch Schrittweise wird ein eGovernment-Handbuch entwickelt und online zur Verfügung gestellt (www.bsi.bund.de). Das Handbuch soll nicht reglementieren, sondern Lösungen aufzeigen und Empfehlungen geben. Es wird anwendungsspezifische Aspekte in den Vordergrund stellen und als Resultat ein Vorgehensmodell für eGovernment unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Dienstleistungen anbieten. Bedarfsorientiert richtet sich das Handbuch an IT-Verantwortliche und Projektleitungen. Neben technischen Problemen behandelt es auch Organisationsfragen. Als weiteres Kapitel ist z. B. ein Modul zu Prozessanalyse und Prozessoptimierung geplant.

Das eGovernment-Handbuch soll nicht reglementieren, sondern Lösungen aufzeigen und Empfehlungen geben.

2. Kritische Würdigung der bisherigen Aktivitäten

Das Internet wird von der Bundesverwaltung zwar schon in einigen Bereichen zur Erbringung ihrer Dienstleistungen einbezogen, doch werden viele Potenziale noch nicht ausgeschöpft. Dies zeigt deutlich die durchgeführte Untersuchung des Dienstleistungsangebotes der Bundesverwaltung und den Anteil der Dienstleistungen, die bereits online abgewickelt werden.

Die bisherigen Erfahrungen verdeutlichen die Notwendigkeit einer neuen, übergeordneten Strukturierung der Dienstleistungen. Während in bisherigen Untersuchungen primär Einzelaspekte, also etwa die bloße Veröffentlichung von Inhalten im Internet, im Vordergrund standen, müssen nunmehr zusammenhängende, aus mehreren Teilschritten bestehende Wertschöpfungsketten des Bundes betrachtet werden. Der Nutzer ist nicht nur an der bloßen Information, z. B. über Behördenöffnungszeiten interessiert (die relativ leicht über das Netz anzubieten ist), sondern letztlich am Erzielen eines konkreten Ergebnisses (z. B. die Auszahlung beantragter Fördermittel oder die Erteilung einer Genehmigung). Dienstleistungen umfassend mit konkretem Abschluss ins Netz zu stellen bzw. transaktionsorientierte Komponenten abzubilden und integriert ablaufen zu lassen, ist das eigentliche Ziel von eGovernment. Die bisher auf Einzelaspekte beschränkten Analysen bergen in sich die große Gefahr, bei eGovernment nicht ganzheitlich, sondern zersplittert zu denken. Medienbrüche sind die logische Konsequenz.

Im Hinblick auf die bereits laufenden Modellprojekte wäre die stärkere Betonung des Modellcharakters sinnvoll und wünschenswert. Positive Ansätze für ein gemeinsames Vorgehen gibt es z. B. bei dem Projektförderinformationssystem (profi). Derzeit entwickeln sich die Projekte jedoch eher isoliert, das dabei entstehende Know-how wird nur bedingt erfasst, zusammengesetzt und wenig zielgerichtet anderen, ähnlichen Anwendern zur Verfügung gestellt. Mögliche Zeit- und Finanzersparnisse sowie Synergiepotenziale werden kaum genutzt.

Bei den bereits realisierten Online-Dienstleistungen in Deutschland sind im internationalen Vergleich Defizite vor allem im Bereich der Kommunikation und Transaktion festzustellen. Transaktionsdienste beschränken sich in Deutschland zumeist noch auf das Herunterladen von Formularen. Hier ist das Angebot in führenden Ländern (z. B. Kanada und Finnland, aber auch Großbritannien) mit zumindest ausgewählten durchgehend transaktionsorientierten Diensten bereits deutlich weiter entwickelt. Auch das reine Informationsangebot – ein nicht unerheblicher, hohen Nutzen stiftender Teil von eGovernment – ist in Deutschland noch statisch und zersplittert.

Welche Anstrengungen insgesamt noch erforderlich sind, zeigt sich aus dem Gesamtbefund:

- Mit rund 40 % ist die Zahl der internetfähigen Dienstleistungen, die noch nicht einmal teilweise im Netz sind, noch erheblich. Große Anstrengungen sollten daher darauf abzielen, die Potenziale des Internet hier offensiv zu nutzen.
- Bei den teilweise schon online realisierten Dienstleistungen ist demnächst der Fokus auf eine durchgängige Abwicklung zu legen. Die Folge der nur beschränkten Realisierung sind Medienbrüche an den Schnittstellen zum externen Nutzer oder sogar zwischen verschiedenen bearbeitenden Stellen.
- Mit der Vervollständigung der Abwicklungskette ist zugleich ein höherer Interaktionsgrad des elektronischen Angebots anzustreben. Bisher dominieren in der Fläche deutlich Informationsangebote und Services mit relativ geringer Realisierungskomplexität.
- Viele der Angebote beschränken sich nur auf bestimmte Dienstleistungen, etwa die Antragstellung im Rahmen nur eines von verschiedenen, miteinander verbundenen Verfahren.

Im Bereich der Kommunikation ist das Angebot im Wesentlichen auf E-Mail-Korrespondenz beschränkt.

- Unter der Maßgabe einer deutlichen Nutzerorientierung ist das derzeitige kommunikations- und transaktionsorientierte Angebot auszubauen. Auch hier beschränken sich viele Angebote nur auf bestimmte Dienstleistungen, etwa auf die Antragstellung im Rahmen von getrennten, aus der Sicht des Nutzers jedoch zusammenhängenden Dienstleistungen.
- Bei der Online-Bereitstellung sollte ferner darauf geachtet werden, dass Potenziale zur Verwaltungsmodernisierung genutzt werden. Nicht Eins-zu-Eins-Abbildung der bisherigen Abwicklungsformen ist anzuraten, sondern Offenheit gegenüber neuen Möglichkeiten, die das Internet bietet. Dies führt zur Reorganisation ganzer Prozesse. Hier liegt ein erhebliches Einsparungspotenzial für die Bundesverwaltung.

3. Produkte und Dienstleistungen des Bundes

Die Identifizierung und Beschreibung von Dienstleistungen wurde von dem Gedanken geleitet, die Behörden insgesamt als große Organisation, analog einem Konzern der Privatindustrie, aufzufassen. Die Ansprechpartner in den Behörden wurden gebeten, die Erstellungsprozesse ihrer Produkte auf Teilschrittebene darzustellen und anzugeben, inwieweit bereits Online-Angebote vorhanden sind bzw. ein Angebot im Internet überhaupt sinnvoll möglich ist. Des Weiteren wurden die Adressaten der Dienstleistungen und die Größe des Nutzerkreises abgefragt. Dadurch wurde eine Strukturierung des gesamten Dienstleistungsspektrums des Bundes, eine erste Einschätzung der Marktsegmente und die erforderliche Typisierung der Dienstleistungen möglich.




Im Vordergrund standen somit nicht einzelne Schritte des Verwaltungshandelns, sondern eine nutzerorientierte Sicht auf Dienstleistungen als vollständige Abwicklung eines Prozesses für einen externen Nutzer, wie z. B. Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände bzw. andere Behörden. Dies kann anhand eines Beispiels für das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) verdeutlicht werden: Das BAZ hat den Auftrag, den Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer zu gewährleisten. Eine der Dienstleistungen des BAZ ist die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern. Teilschritte dieser Dienstleistung sind das Ermöglichen der Antragstellung, die Antragsannahme, die Antragsbearbeitung und die Bescheiderteilung über das Ergebnis. Das folgende Schaubild verdeutlicht, auf welcher Ebene der Begriff Dienstleistung definiert wurde.

Drei wesentliche Erkenntnisse haben sich aus der Erhebung und Analyse der Dienstleistungen ergeben:

1. Der Katalog der Dienstleistungen ist nicht unüberschaubar groß, sondern umfasst typischerweise fünf bis acht Dienstleistungen pro Behörde; insgesamt ergibt sich somit ein Bestand von knapp 400 Dienstleistungen; diese liegen ausführlich beschrieben und bewertet vor.
2. Die Dienstleistungen wurden auf Teilschrittenebene betrachtet und auf Homogenität in der Abdeckung der Wertschöpfungsstufen (Information – Kommunikation – Transaktion) untersucht. Insgesamt wurden acht Dienstleistungstypen definiert und alle Dienstleistungen diesen Typen zugeordnet. Die grobe Abdeckung der Dienstleistungstypen entlang der Wertschöpfungskette kann nebenstehendem Schaubild entnommen werden.

Definition Dienstleistungsbegriff

EBENE	ERKLÄRUNG	BEISPIEL
Auftrag/Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Ansprüche und Erwartungen an die Behörde • Etwa vergleichbar dem „mission statement“ eines Unternehmens 	z. B. Bundesamt für Zivildienst (BAZ): Gewährleistung des Zivildienstes für Kriegsdienstverweigerer
Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> • Vollständige Abwicklung einer Aufgabe, die für einen externen Nutzer erbracht wird 	z. B. BAZ: <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern
Teilschritte	<ul style="list-style-type: none"> • Aktivitäten, die zur Durchführung von Dienstleistungen erforderlich sind 	z. B. BAZ: <ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichen der Anfragestellung, Antragsannahme, Antragsbearbeitung und Bescheiderteilung über das Ergebnis

 Ebene, auf der die Erhebung und Analyse vorgenommen wird

Einordnung der Dienstleistungstypen auf der Wertschöpfungskette

INFORMATION

Inhalte beschaffen
Inhalte aufbereiten/
verdichten
Inhalte verbreiten

KOMMUNIKATION

Dialog einleiten
Kommunikationspartner
einbinden
Beratungsleistungen
durchführen

TRANSAKTION

Antrag aufnehmen
Zulassungen und
Genehmigungen erteilen
Zahlungen abwickeln

Typ 1 – Allgemeine und
Fach-Informationen

Typ 2 – Beratung

Typ 3 – Vorbereiten von politischen Entscheidungen
bzw. Gesetzesvorhaben

Typ 4 – Zusammenarbeit mit Behörden

Typ 5 – Allgemeine Antragsverfahren

Typ 6 – Förderungen

Typ 7 – Beschaffungsvorhaben
(Ausschreibungen und Beschaffungsverfahren) durchführen

Typ 8 – Durchführen von Aufsichtsmaßnahmen
(Kontrollen u. ä.), die von der Verwaltung ausgehen

Die Zuordnung sei an einigen Beispielen illustriert. Die Dienstleistung „Erteilung von Zulassungen und Genehmigungen für Nahrungs- und Produktionsmittel“ des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) würde beispielsweise dem Typ „Allgemeine Antragsverfahren“ zugeordnet werden. Die Dienstleistung „Bereitstellung Positiv-Liste Arzneimittel“ des Bundes-

ministeriums für Gesundheit (BMG) wäre eine Dienstleistung vom Typ „Fachinformation“. Die „Durchführung von Schutzrechtsverfahren (für Patente, Marken, Gebrauchsmuster, Geschmacksmuster)“, eine Dienstleistung des Deutschen Patent- und Markenamts (DPMA) wäre wiederum ein Antragsverfahren. In ähnlicher Weise können alle Dienstleistungen klassifiziert werden.

Wie dem folgenden Schaubild entnommen werden kann, sind mehr als zwei Drittel der Dienstleistungen drei Typen zuzurechnen: 1) Typ „Erfassen, Aufbereiten und Bereitstellen von Information“, 2) Typ „Bearbeiten von Anträgen, die an die Verwaltung gerichtet werden“ und 3) Typ „Förderungen“.

Diese hohen Häufigkeiten bestimmen damit den Schwerpunkt für die zukünftige Umsetzung von eGovernment.



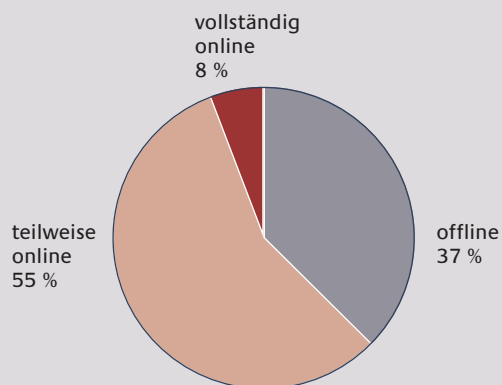
¹⁾ Diese grundsätzlich von allen Ressorts zu leistende Dienstleistung ist von fünf Ressorts unter anderen Dienstleistungen zusammengefasst worden

3. 55 % der Dienstleistungen, dies zeigt das folgende Schaubild, werden bereits teilweise online abgewickelt; nur 8 % sind bereits vollständig online realisiert worden.

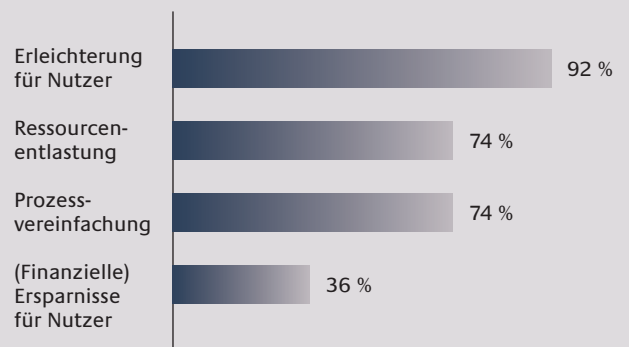
Stellvertretend für die knapp 400 im Anhang 2 vollständig aufgelisteten Dienstleistungen werden auf den folgenden Seiten drei ausgewählte Dienstleistungen aus den Bereichen G2C (government-to-citizen),

Ergebnisse aus den Interviews zu Online-Dienstleistungen

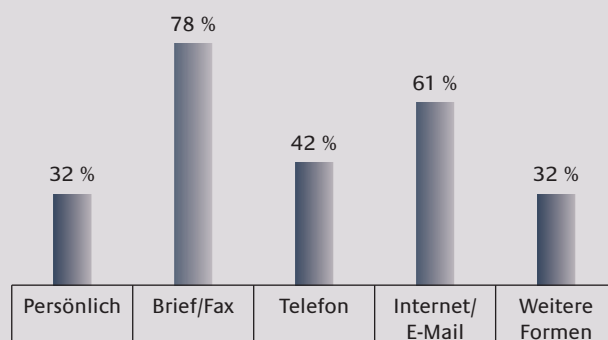
Online-Bereitstellungen der Dienstleistungen



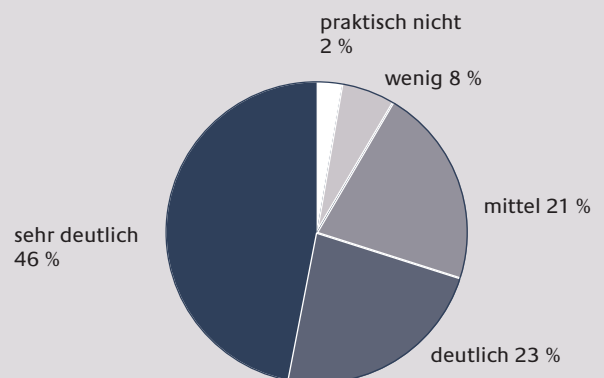
Hauptnutzen der Online-Bereitstellung (Mehrfachnennungen möglich)



Primäre Abwicklungsform der Dienstleistungen (Mehrfachnennungen möglich)



Hilft das elektronische Angebot, die Dienstleistung zu erbringen?



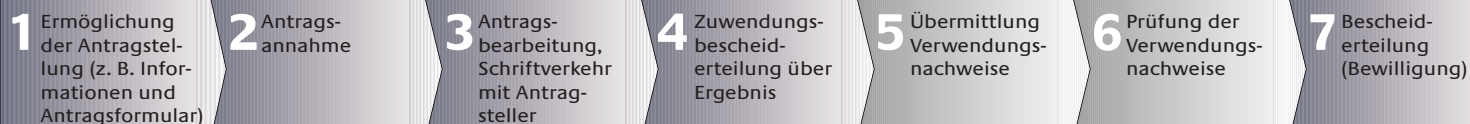
G2B (government-to-business) und G2G (government-to-government) exemplarisch dargestellt, um zu illustrieren, welche Daten für die Einordnung in den Umsetzungsplan aufgenommen und bewertet wurden.

Beispiel

Behörde: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Ressort: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Kurzbezeichnung: **Förderung erneuerbarer Energien (G2C)**

Beschreibung: Die Dienstleistung ist dem Dienstleistungstyp „Förderungen und Erstattungen“ zuzurechnen und richtet sich primär an Hausbesitzer. Jährlich werden etwa 150.000 Anträge bearbeitet, die entweder über Brief/Fax, Telefon oder auch über E-Mail die Behörde erreichen. Durch Einsatz eines papierlosen Dokumenten-Management-Systems soll auch die Möglichkeit der elektronischen Antragstellung abgedeckt werden. Eine Einführung der Dienstleistung im Jahre 2002 ist möglich und bereits geplant.

Der Dienst besteht aus folgenden sieben **Teilschritten**:



Von den sieben Teilschritten sind lediglich die Teilschritte 5 und 6 nicht vollständig onlinefähig. Der Nutzen der Online-Bereitstellung ist hoch, da relativ hohe Nutzerzahlen bestehen und mit einer erheblichen Ressourcenentlastung sowie Prozessvereinfachung und Erleichterung gerechnet werden kann. Zudem führt die Einführung zu erhöhtem Kundenservice am Bürger.

Beispiel

Behörde: Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP)
Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Kurzbezeichnung: **Vergabe von Rufnummern (G2B)**

Beschreibung: Die Dienstleistung ist dem Dienstleistungstyp „Antragsverfahren“ zuzurechnen und richtet sich in erster Linie an Telekommunikationsunternehmen bzw. sonstige Unternehmen, die Rufnummern und Rufnummernblöcke reservieren lassen wollen. Die Beantragung erfolgt heute über Brief und Fax. Jährlich werden bei der RegTP ca. 100.000 Anträge bearbeitet. Die Beantragung von 0900er Nummern soll bereits ab Ende 2001 teilweise online möglich sein. Eine vollständige Online-Bereitstellung des Prozesses ist für das Jahr 2004 vorgesehen.

Der Dienst besteht aus folgenden sechs **Teilschritten**:



Alle sechs Teilschritte sind vollständig onlinefähig. Der Nutzen der Online-Bereitstellung ist hoch, da häufig Unternehmen mehrfach Rufnummern beantragen und durch ein Online-Angebot der Ablauf für sie vereinfacht würde. Ferner führt die Online-Bereitstellung zu Prozessvereinfachungen und Ressourcenentlastungen, da relativ viele Mitarbeiter in diesen Prozess involviert sind.

Beispiel

Behörde: Bundesamt für Finanzen (BfF)
Ressort: Bundesministerium der Finanzen
Kurzbezeichnung: **Zentrale Kassenführung des Bundes (G2G)**

Beschreibung: Die Dienstleistung ist dem Dienstleistungstyp „Zusammenarbeit mit anderen Behörden“ zuzurechnen und richtet sich an die Behörden der Bundesverwaltung. Das BfF übernimmt für die Behörden des Bundes die Budgetverwaltung und die Zahlungsabwicklung. Dies geschieht heute in der Regel schriftlich bzw. über den Austausch von Datenträgern. Eine Online-Einführung der Dienstleistung ist im Jahre 2004 möglich.

Der Dienst besteht aus folgenden vier **Teilschritten**:

- 1 Sammlung der Daten der Einzelkassen
- 2 Konsolidierung der Daten
- 3 Erstellung der Abschlüsse
- 4 Bereitstellung der Ergebnisse

Von den vier Teilschritten sind die Teilschritte 2 und 3 nicht onlinefähig, die Teilschritte 1 und 4 jedoch vollständig. Durch die Online-Bereitstellung ließe sich das gesamte Verfahren erheblich vereinfachen und beschleunigen, da der Austausch von Daten zwischen Behörden erleichtert wird.



4. Nutzensicht

Basis für die Ableitung des Finanzbedarfs für die eGovernment-Initiative bildet die erstmals in dieser Form durchgeführte Erhebung und Bewertung der Dienstleistungen des Bundes. Die Arbeiten sind dabei vom Gedanken einer neuen Dienstleistungsorientierung geleitet worden, der nicht nur das Abdecken von Aufgaben, sondern das möglichst kundenorientierte Erbringen von konkreten Dienstleistungen in das Zentrum der Überlegungen stellt. Die knapp 400 Dienstleistungen des Bundes sind dabei

entlang von Kriterien, die stark auf den Nutzen abzielen (Nutzersegmentgröße, Vorteile gegenüber dem traditionellen Angebot, Ressourcensparnispotenzial, strategische Vorteile und Synergiepotenzial) bewertet worden. Dadurch werden erste Aussagen über die aus Nutzersicht eingeschätzte Relevanz und Bedeutung für eine vorrangige Realisierung möglich. Das folgende Schaubild enthält eine knappe Darstellung ausgewählter Dienstleistungen, die besonders aus Nutzersicht wichtig und daher vorrangig zu realisieren sind, aufgeteilt nach G2C, G2B und G2G.

Attraktive Dienstleistungen aus Nutzensicht – G2C, G2B, G2G –

Auswahl

G2C Government to Citizens
<ul style="list-style-type: none"> • BA: Vermittlung von Arbeitsplätzen • BA: Gewährung von Geldleistungen • BfA: Berechnung und Gewährung von Renten • BMA: Bereitstellung von Informationen • BA: Durchführung von Beratungen • BfA: Durchführung von Beratungen • DWD: Durchführung von meteorologischen Vorhersagen und Beratungen • BfA: Einzug von Rentenversicherungsbeiträgen • BEV: Erstattung von Kosten im Rahmen der Krankenversorgung und Pflegeversicherung der Beamten • BZgA: Bereitstellung von Fachinformationen (zur gesundheitlichen Aufklärung) • BpB: Bereitstellung von Informationen und Abwicklung von Bestellungen • BAFA: Förderung erneuerbarer Energien

G2B Government to Business
<ul style="list-style-type: none"> • BA: Vermittlung von Arbeitsplätzen • KBA: Führen zentraler Verkehrs- und Kfz-Register • BeschA: Durchführung von Beschaffungen • BBR: Durchführung von Beschaffungen im Baubereich • BZV: Zollbehandlungen Aus- und Einfuhr • StBA: Durchführung zentraler Statistiken • BMBF: Vergabe von projektbezogenen Förderungen • BMWi: Abwicklung von Förderprogrammen • BaKred: Informationsangebot zu bankenaufsichtlich relevanten Themen • BfF: Vergabe der Umsatzsteuer-identifikationsnummer • EBA: Vergabeverfahren nach VOL/A, VOB/A, VOF • RegTP: Vergabe von Rufnummern • BA: Bereitstellung von Informationen

G2G Government to Government
<ul style="list-style-type: none"> • BeschA: Beschaffungen • BfF: Zentrale Kassenführung des Bundes • BBR: Durchführung von Beschaffungen im Baubereich • BMF: Bewirtschaftung der Immobilien des Bundes • BAKöV: Buchungen in der Fortbildung • StBA: Durchführung zentraler Statistiken • BZR: Führen des Bundeszentralregisters • BZR: Erteilung von Auskünften aus dem Gewerbezentralregister

Sodann wurden alle Dienstleistungen nach Machbarkeit sowohl in technischer als auch in rechtlicher Hinsicht bewertet und mit einem frühestmöglichen Realisierungsdatum versehen. Diese Einschätzung bildet die Grundlage für den Umsetzungsplan, der angibt, wann welche Dienstleistungen zur Implementierung empfohlen werden. Die Ressorts wurden bei der Bewertung dieser Frage eingebunden. Der Umsetzungsplan bildet in weiterer Folge das Mengengerüst für die Ableitung des Finanzplans.

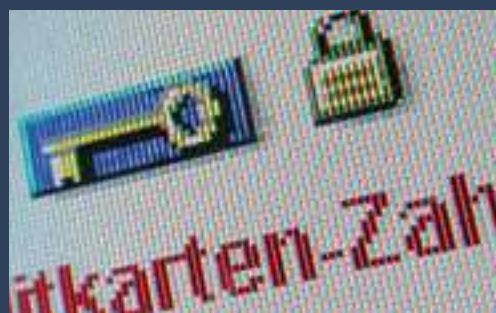
Die technische Machbarkeit, die rechtlichen Voraussetzungen, die Umsetzungsplanung sowie die Ableitung des Finanzbedarfs werden in den folgenden Kapiteln ausgeführt.



IV.

Rechtliche

Voraussetzungen





Zur Einführung von eGovernment bedarf es der Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen sowohl im Privatrecht als auch im öffentlichen Recht. In diesem Zusammenhang sind neben der Gestaltung rechtlicher Regelungen beim Einsatz digitaler Signaturen vielfältige Bereiche (Datenschutz, Vergaberecht, Melderecht etc.) zu berücksichtigen. Auch zukünftige rechtliche Anforderungen sind in die Ausplanungsüberlegungen mit einzubeziehen. Die Beurteilung des rechtlichen Anpassungsbedarfs muss grund-

sätzlich individuell für jede Dienstleistung durch den Gesetzgeber erfolgen.

Zur umfassenden Einführung von eGovernment muss insbesondere die Anwendung der digitalen Signatur geregelt werden. Es ist erforderlich, die verwaltungsverfahrenrechtlichen Vorschriften der Nutzung elektronischer Medien anzupassen. Hierbei ist auf eine Gestaltung abzustellen, die eine breite Akzeptanz bei Bürgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung gewährleistet.



Die verwaltungstechnischen Vorschriften müssen auf eine breite Akzeptanz bei Bürgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung stoßen.

Der rechtliche Rahmen für die Verwendung der digitalen Signatur wird übergreifend geregelt. Die notwendigen Anpassungen des Privatrechts sind mit dem Inkrafttreten des Signaturgesetzes (SigG) am 21. Mai 2001 und des Gesetzes zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr am 1. August 2001 bereits abgeschlossen.

Zur Änderung der verwaltungsrechtlichen Vorschriften des Bundes in Bezug auf eGovernment liegt zur Zeit ein Referentenentwurf des 3. Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften vor. Ziel ist es, die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung zu ermöglichen. Bürger und Verwaltung sollen grundsätzlich in allen Fachgebieten und

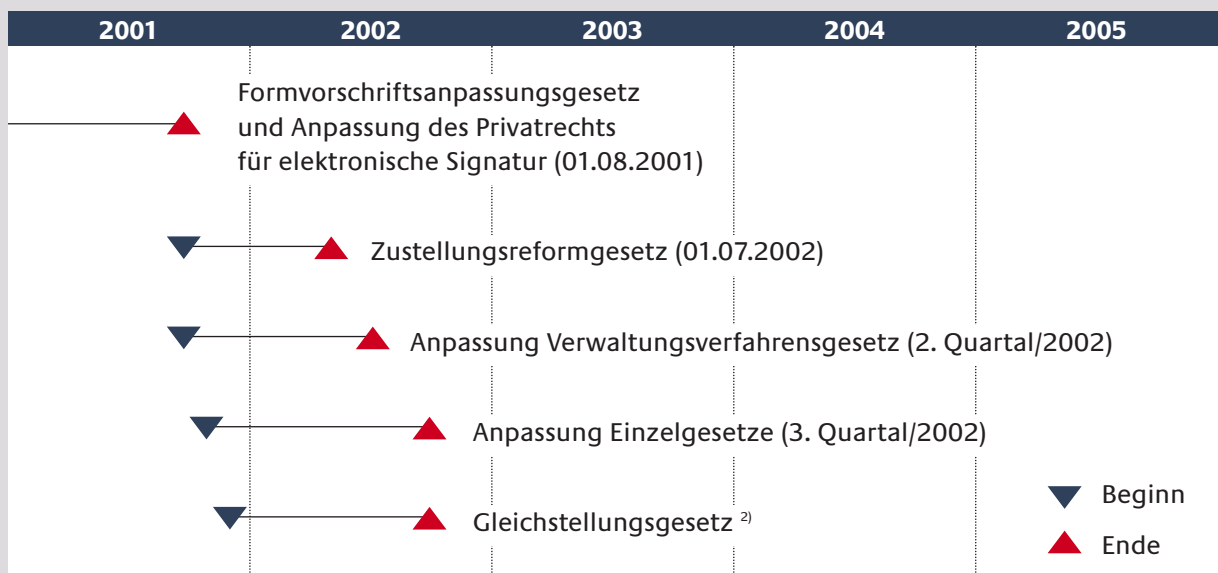
jeder Verfahrensart elektronische Kommunikationsformen gleichberechtigt neben der Schriftform und der mündlichen Form rechtswirksam verwenden können.

In die Verwaltungsverfahrensgesetze werden Generalklauseln eingeführt, die die Gleichwertigkeit einer durch Rechtsvorschrift angeordneten Schriftform und der mit einer qualifizierten elektronischen Signatur verbundenen elektronischen Form bestimmen (§ 3a Abs. 2 Satz 1 VwVfG, § 36 Abs. 2 Satz 1 SGB, AO). Die Regelung gilt grundsätzlich im gesamten Anwendungsbereich des Verwaltungsverfahrenrechts. Sie erfasst nicht nur die Schriftformerfordernisse im Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), dem Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB) und der Abgabenordnung (AO), sondern auch die Schriftformerfordernisse im gesamten Fachrecht.

Bei Verwaltungsakten, bei denen durch Rechtsvorschrift eine Schriftform vorgeschrieben ist, eröffnet der Gesetzentwurf die Möglich-

Überblick über die erforderlichen Gesetzesanpassungen¹⁾

Ausgewählte Beispiele



¹⁾ Entscheidung über Erfordernis und Ausgestaltung eines speziellen eGovernment-Gesetzes ist noch zu treffen

²⁾ Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz BGG)

keit, höhere Anforderungen an die elektronische Alternative zu setzen. Hier können auf Seiten der Verwaltung die dauerhafte Überprüfbarkeit der qualifizierten elektronischen Signatur sowie Nachweise zur technischen und administrativen Sicherheit entsprechend § 15 Abs. 1 Satz 4 SigG verlangt werden.

Wenn auch einfache Formen der elektronischen Kommunikation (einfache E-Mails) ausreichen sollen, bedarf es in den spezialgesetzlichen Normen einer ausdrücklichen Regelung. Die elektronische Kommunikation zwischen der Verwaltung und Externen soll allein davon abhängen, dass entsprechende Empfangsmöglichkeiten bei der Behörde vorhanden und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Die Ausgestaltung der elektronischen Kommunikation bleibt dabei jeder Behörde überlassen, z. B. wie sie elektronische Posteingänge regelt.

Nach heutigem Kenntnisstand stellen die geplanten Einführungszeitpunkte der Gesetzesanpassungen keine Hindernisse bei der über die Jahre 2002 bis 2005 gestaffelten Realisierung der Dienstleistungen der Bundesverwaltung dar. Unumgänglich ist allerdings, dass die erforderlichen rechtlichen Anpassungen bis September 2002 erfolgt sind.

Im Übrigen gilt es, EU-Recht und internationale Bestimmungen zu berücksichtigen.



V.

IT-Zukunftskonzept

Der aktuelle Stand der Informationstechnik in weiten Teilen der Bundesverwaltung bietet eine solide Ausgangsbasis für die Umsetzung von eGovernment. Dennoch sind bis zum Jahre 2005 umfangreiche Aktivitäten erforderlich, um die Dienstleistungen der Bundesverwaltung online bereit zu stellen.





1. Ausgangssituation

Die Bundesverwaltung ist mit einem IT-Budget der Titelgruppe 55 der Haushaltspläne des Jahres 2001 von ca. 775 Mio. Euro einer der größten IT-Anwender Europas. Hiervon entfallen ca. 180 Mio. Euro auf Aufträge und Dienstleistungen sowie 595 Mio. Euro auf sonstige Kosten (Kauf, Miete von Hardware/Software, Schulungen, etc.). Nicht berücksichtigt sind Kosten, die IT-nahen Bereichen wie z. B. Telekommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, zugerechnet wurden.

Im IT-Bereich der Behördenverwaltung sind ca. 5.600 Mitarbeiter beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 1,8 %, gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten ohne Berufs- und Zeitsoldaten von 309.000. Zusätzlich zu den internen Mitarbeitern werden speziell für den Bereich Entwicklung externe Kapazitäten eingesetzt. Dies entspricht kalkulatorischen Personalkosten von ca. 378 Mio. Euro, bewertet auf Basis der Personalkostensätze des Bundes.

Umgerechnet auf die Anzahl an Mitarbeitern liegen die jährlichen Ausgaben von ca. 4.500 Euro hinter Vergleichswerten aus der Wirtschaft zurück – insbesondere im Vergleich mit Unternehmen der Dienstleistungsbranche (13.000 bis 28.000 Euro p. a.).

Die Infrastrukturausstattung in den Behörden basiert überwiegend auf bewährten Technologiekonzepten mit einer starken Durchdringung von Microsoft-Produkten im PC-Bereich und internetfähigen Netzwerkprotokollen.

Zur Online-Bereitstellung des Dienstleistungsportfolios des Bundes besteht Ausbaubedarf hinsichtlich interner und externer Ressourcen im Bereich Internet-Technologien, sowohl für die Konzeption/Architektur als auch für die Entwicklung, Evaluierung und Einführung. Eine Detailanalyse der IT-Ausgangssituation ist nicht Gegenstand des Umsetzungsplans. Die Ausführungen basieren auf einer Grob-analyse der verfügbaren IT-Dokumentationen und auf Experteninterviews innerhalb der Bundesverwaltung.

2. Gestaltungsprinzipien

Ein wichtiger Aspekt ist die zentrale Koordination der gesamten Aktivitäten. Zum einen müssen die einzelnen Aktivitäten in einer integrierten Gesamtarchitektur münden. Zum anderen können durch eine zentrale Koordination bzw. Bereitstellung einer Reihe von Basiskomponenten erhebliche Einsparungspotenziale bei gleichzeitig gesteigerter Qualität realisiert werden.

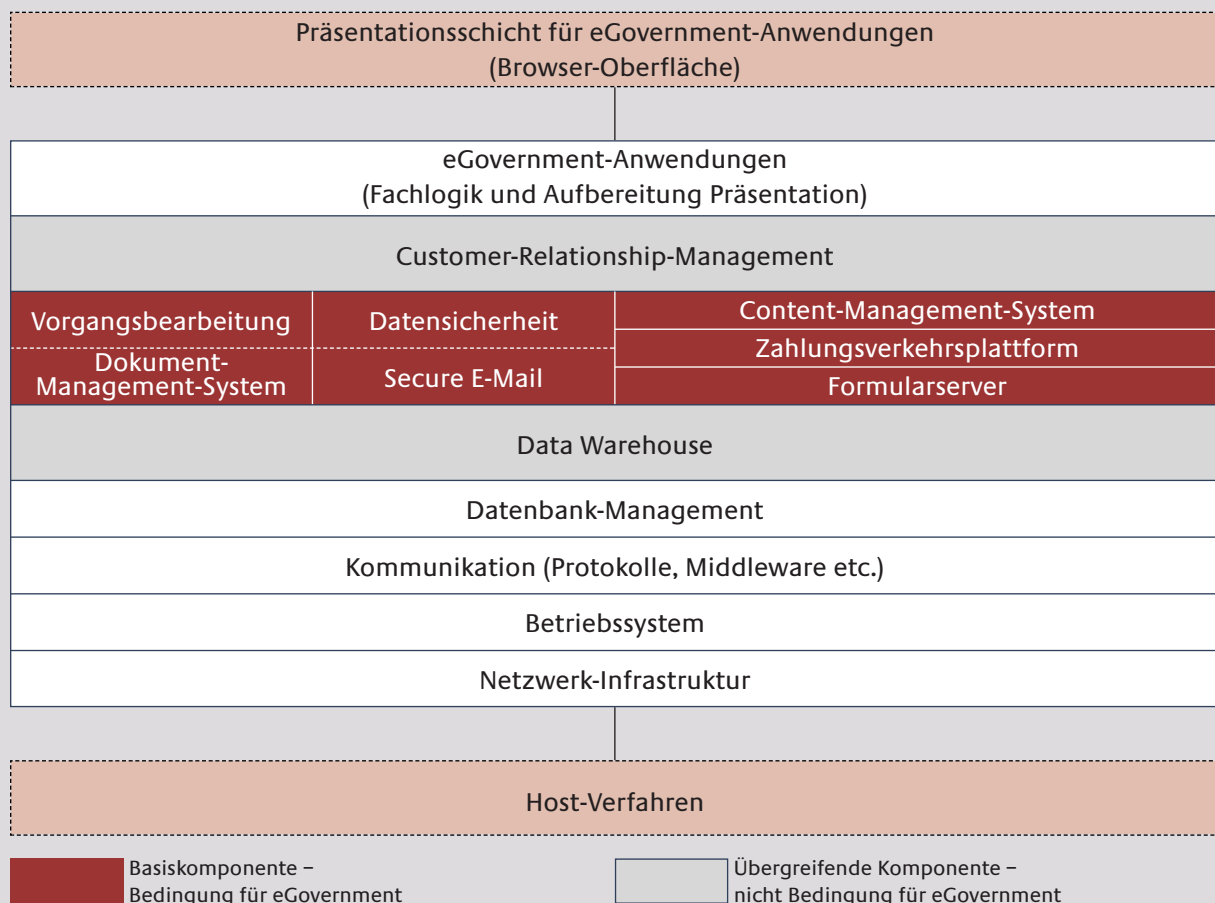
Basierend auf der heutigen Situation der Informationstechnik innerhalb der Bundesbehörden wurden sechs Gestaltungsprinzipien definiert. Diese Gestaltungsprinzipien bilden

die Grundlage für die Machbarkeitsüberlegungen sowie die Umsetzungsplanung.

- a. Zentral geplante und dezentral bereitgestellte Basiskomponenten
- b. Zentral geplante und zentral bereitgestellte Basiskomponenten
- c. IT-Standards und -Architekturen
- d. Dezentrale Fachanwendungen
- e. Prozessuale Anpassungen
- f. Zentrale Koordinations- und Steuerungskompetenz

Das folgende Schaubild bietet einen Überblick über die in den nachfolgenden Kapiteln detailliert dargestellten Basiskomponenten.

IT-Architektur eGovernment



a. Zentral geplante und dezentral bereitgestellte Basiskomponenten

Einen Aspekt der anstehenden Umsetzungsaktivitäten im Rahmen von BundOnline 2005 bilden zentral geplante Basiskomponenten, die in den Ressorts durch individuelle Implementierung und Anpassungen dezentral bereitgestellt werden. Bei diesen Komponenten handelt es sich um Grundfunktionalitäten, die auf Grund der spezifischen Anforderungen der jeweiligen Dienstleistungen hierauf abgestimmte Umsetzungs- und Einführungsarbeiten erfordern.

Vorgangsbearbeitung/Dokumenten-

management Vorgangsbearbeitungssysteme unterstützen bei dokumentenintensiven Vorgängen die Zusammenarbeit der Beteiligten nach bestimmten Regeln und Methoden. Mit Hilfe eines Vorgangsbearbeitungssystems kann festgelegt werden, in welcher Reihenfolge einzelne Schritte eines Vorgangs bearbeitet und welche personellen, materiellen und organisatorischen Ressourcen zur Ausführung benötigt werden. Die Abarbeitung der Vorgänge kann abgebrochen, angehalten und wieder aufgenommen werden. Der Bearbeitungszustand ist nachvollziehbar dokumentiert.

Es wird empfohlen, bei eGovernment-Verfahren Vorgangsbearbeitungssysteme einzuführen. Durch diese Systeme wird nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) und der Registraturrichtlinie für das Bearbeiten und Verwalten von Schriftgut in Bundesministerien das transparente, nachvollziehbare Verwaltungshandeln bei elektronischen Geschäftsvorfällen gewährleistet und die Voraussetzung der sachgerechten Archivierung geschaffen.

Im Jahre 1996 wurde das ressortübergreifende Projekt „Aufbau eines Pilotsystems für Dokumenten-Management und elektronische Archivierung im IT-gestützten Geschäftsgang“ gestartet und das Konzept „Papierarmes Büro“

erarbeitet. Hiermit wird der Bundesverwaltung ein Instrument zur Verfügung gestellt, das den Aufwand für die Beschreibung von Anforderungen an Vorgangsbearbeitungssysteme auf die jeweiligen behördenspezifischen Besonderheiten reduziert. Das Konzept „Papierarmes Büro“ unterstützt die stufenweise Nutzung des Systems als Schriftgutverwaltungssystem, elektronische Aktenablage und Vorgangsbearbeitungssystem sowie die Realisierung aller drei Stufen in einem Schritt.

Des Weiteren werden in dem Konzept Mindeststandards definiert, die die Interoperabilität verschiedener Systeme gewährleisten.

Die behördenübergreifende Nutzung eines gemeinsamen oder auch die dezentrale Nutzung eines einheitlichen Vorgangsbearbeitungssystems erscheint allerdings nicht sinnvoll, da diese Systeme in den Behörden organisatorische und fachliche Anforderungen abdecken müssen, die schlecht vergleichbar sind.

Stattdessen hat die Bundesverwaltung mit fünf Produkthanbietern, die auf Konzeptkonformität getestet wurden, Rahmenverträge abgeschlossen. Darüber hinaus können weitere interessierte Produkthanbieter ihre Systeme auf Konzeptkonformität prüfen lassen. Behörden können so über beschränkte Ausschreibungen zertifizierte Produkte beschaffen.

Um die flächendeckende Einführung von Vorgangsbearbeitungssystemen zu beschleunigen, wird die Einrichtung eines Kompetenzzentrums empfohlen, das die Behörden bei Auswahl, Einführung und Betrieb von Vorgangsbearbeitungssystemen berät und unterstützt.



Datensicherheit eGovernment muss sicher sein, da ansonsten die Bürgerinnen und Bürger den neuen Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation nicht vertrauen und sie auch nicht nutzen werden.

Die technischen Voraussetzungen für qualifizierte elektronische Signaturen sind bundesweit bereits verfügbar.

Die Menschen werden den neuen Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation nur vertrauen, wenn sie sicher ist.

Die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen sind bereits vorhanden oder werden bis September 2002 geschaffen. Dennoch ist absehbar, dass die flächendeckende Nutzung der elektronischen Signatur nur mittelfristig zu erreichen sein wird.

Der Umsetzungsplan geht davon aus, dass durch die erforderlichen Rahmenbedingungen und die Unterstützung akzeptanzfördernder Maßnahmen wesentliche Erfolge bis zum Jahr 2004 erreicht sein werden.

Kommunikation von der Bundesverwaltung zu Bürgern und Wirtschaft

Die Bundesverwaltung strebt bei der elektronischen Kommunikation mit Wirtschaft, Bürgern und anderen Verwaltungen Sicherheitsmaßnahmen an, die der jeweiligen Anwendung oder Nutzung angemessen und ausreichend sind. Das erstreckt sich auf Vertraulichkeit (Schutz vor unbefugter Kenntnisnahme), Integrität (Schutz vor Manipulation) und Authentizität (eine Meldung stammt tatsächlich von derjenigen Person oder Institution, welche sich als Absender ausgibt) der Kommunikation.

Die Bundesverwaltung wird dazu

- Dokumente, die sie ihren Partnern übersendet, elektronisch signieren. Die Adressaten können Integrität und Authentizität prüfen;
- Dokumente zum Schutz der Vertraulichkeit verschlüsseln, wenn der Adressat dazu seinen öffentlichen Schlüssel zur Verfügung stellt;

- bei Transaktionsdienstleistungen zum Schutz der Vertraulichkeit und zur sicheren Identifikation der Kommunikationspartner Authentisierung und Verschlüsselung anbieten.

Die Bundesverwaltung stellt sicher, dass Bürgern und Wirtschaft kostenlos eine Verifikationssoftware zur Überprüfung elektronischer Signaturen der Bundesverwaltung zur Verfügung steht.

Kommunikation von Bürgern und Wirtschaft zur Verwaltung

Den Kommunikationspartnern der Bundesverwaltung sollten möglichst ausreichend sichere, anwenderfreundliche und kostengünstige Verfahren für die Kommunikation mit der Bundesverwaltung zur Verfügung stehen. Dabei soll es den Kommunikationspartnern grundsätzlich freistehen, welche Sicherheitsmaßnahmen sie für die Kommunikation wählen.

Die Bundesverwaltung wird dazu

- ihre öffentlichen Schlüssel zur Verschlüsselung von Dokumenten zur Verfügung stellen (Schutz der Vertraulichkeit).
- elektronische Signaturen ihrer Kommunikationspartner zur Prüfung der Integrität und Authentizität akzeptieren, soweit sie im jeweiligen Verfahren eine ausreichende Sicherheit gewährleisten.

Sicherheitsniveau der elektronischen Signatur

Für einige Verwaltungsverfahren gelten Formvorschriften. So kann z. B. die eigenhändige Unterschrift eines Antragstellers erforderlich sein. Das geplante dritte Gesetz zur Änderung verwaltungsrechtlicher Vorschriften sieht vor, dass die Schriftform durch die mit einer qualifizierten elektronischen Signatur verbundene elektronische Form ersetzt werden kann. Die Verwaltung und ihre Kommunikationspartner müssen zur elektronischen Erledigung solcher Verwaltungsverfahren allerdings mit qualifizierten Zertifikaten und Hardware ausgestattet werden. Am Markt sind derzeit Lösungen mit Chipkarten und Lesegeräte verfügbar.

Da die Ausstattung der Verwaltung und ihrer Kommunikationspartner mit Chipkarten und Lesegeräten auf Grund hoher Kosten für die Bürger und unzureichender Standardisierung kurzfristig nicht realisierbar ist, ist zu prüfen, inwieweit für Verwaltungsverfahren mit Schriftformerfordernis Übergangslösungen genutzt werden können. Dadurch könnte die Bundesverwaltung Erfahrungen sammeln, Standards etablieren und unnötige vielfältige Eigenentwicklungen unterbinden.

Für die Verschlüsselung gibt es keine vorgegebenen Sicherheitsniveaus.

Technische Bedingungen Für die Kommunikation mit elektronischen Signaturen und Verschlüsselung zwischen heterogen ausgestatteten Kommunikationspartnern sind Standards erforderlich, die folgendes gewährleisten:

- Interoperabilität zwischen verschiedenen Software- und Hardwareprodukten (horizontale Interoperabilität)
- Interoperabilität zwischen unterschiedlichen fortgeschrittenen und qualifizierten Signaturen (vertikale Interoperabilität)

Für Zwecke des eGovernment ist es unverzichtbar, dass für die wesentlichen Kommunikationswege E-Mail und Online-Dokumentaustausch eine Standardisierung für Signatur und Verschlüsselung erfolgt. Für den gesicherten E-Mail-Austausch steht der Standard Mail-Trust v2 (MTT) einschließlich entsprechender (Software-) Produkte (horizontale Interoperabilität) am Markt zur Verfügung.

Neben der Einführung der sicheren E-Mail-Kommunikation sollte ein vergleichbarer Ansatz für Dokumentensignaturen verfolgt werden. Dokumente können derzeit mit MTT-konformen Zertifikaten fortgeschritten signiert werden. Der ISIS-MTT Standard kann nach einer Testphase voraussichtlich ab dem Jahre 2004 Verwendung finden, sodass Anwendungen, die qualifizierte elektronische Signaturen erfordern, dann schwerpunktmäßig bereitgestellt werden können.

Virtuelle Poststelle Trotz der in der Bundesverwaltung angestrebten Standardisierung, sollten die Behörden verschiedene am Markt verfügbare Signaturlösungen ihrer Kommunikationspartner akzeptieren. Zur Entlastung der Behördenmitarbeiter und zur Vereinfachung der Anwendung kryptographischer Funktionen bietet es sich an, einen



Kryptoserver in einer virtuellen Poststelle einzusetzen. Eine sehr anspruchsvolle Ende zu Ende Interoperabilität wird damit zu einer einfacher handhabbaren „Kunden-Behörden“ Interoperabilität. Darüber hinaus müsste die notwendige Software nicht an den Mitarbeiterarbeitsplätzen installiert werden und es würden erhebliche Kosten eingespart. Es könnte eine übertragbare Lösung angestrebt werden, die von den Behörden leicht adaptiert werden kann.

b. Zentral geplante und zentral bereitgestellte Basiskomponenten

Eine Reihe von Basiskomponenten eignen sich sowohl für zentrale Planung als auch für zentrale Bereitstellung und können somit ressortübergreifend zum Einsatz kommen.

Content-Management-System Die aktuelle Entwicklung innerhalb der Bundesbehörden ist durch eine Vielzahl unterschiedlicher Content-Management-Systeme (CMS) gekennzeichnet. CMS sollen Inhalte für verschiedene Ausgabe-medien und Zielgruppen aktuell und relevant zur Verfügung stellen sowie deren Erstellung realisieren. Sie sind Voraussetzung für das Bereitstellen und die laufende Aktualisierung von umfangreichen Informationsangeboten von Behörden im Internet. Hierbei konkurrieren zur Zeit Eigenentwicklungen mit extern entwickelten Systemen und auch Standardprodukten.

Um mittelfristig eine Vereinheitlichung dieser Systeme herbeizuführen, sollte ein CMS zentral bereitgestellt werden. Dieses kann nach Bedarf durch die Behörden genutzt werden, die bisher noch kein solches System besitzen bzw. die das eigene System ablösen wollen, um auf das zentrale System zuzugreifen.

Neben den Einsparungen für Bereitstellung und Pflege des Systems können weitere Synergien durch die einmalige Bereitstellung von Seitenvorlagen genutzt werden. Auch ist ein zentrales CMS für die Einbindung eines Customer-Relationship-Management (CRM)-Systems eine wichtige Grundlage. Wie bei anderen Basiskomponenten sollte auch im Bereich CMS ein Kompetenzzentrum etabliert werden, das die Aktivitäten koordiniert sowie Wissen und Lösungen für alle Ressorts bereitstellt.

Zahlungsverkehrsplattform Für ausgewählte Dienstleistungen ist zudem eine elektronische Zahlungsplattform vorzuhalten. Der eigentliche Zahlungsvorgang ist unabhängig von der Dienst-

leistung. Deshalb sollte eine Zahlungsplattform zentral bereitgestellt werden. Hierfür sind Schnittstellen zur Anbindung an die bestehenden Abrechnungsverfahren der Bundesverwaltung und die

Einbindung der externen Zahlungsabwickler (Kreditkartenunternehmen etc.) zu implementieren.

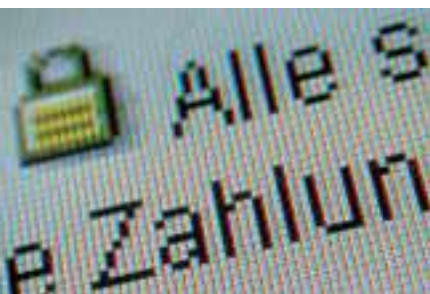
Die Bereitstellung einer zentralen Plattform erfordert aus Sicht der einzelnen Behörden lediglich die Integration der Schnittstellen innerhalb der jeweiligen Anwendung. Dies kann analog zu existierenden kommerziellen Zahlungsplattformen im Internet jedoch mit einem verhältnismäßig geringen Aufwand realisiert werden.

Formularserver Durch einen Formularserver werden die Formulare der Bundesbehörden aus Nutzerperspektive an einer zentralen Stelle bereitgestellt. Durch eine zentrale Website bzw. Website-Anordnung können alle Formulare einfach gefunden und dem Nutzer für die weitere Bearbeitung zur Verfügung gestellt werden. Der Formularserver sollte im Rahmen einer zentralen Homepage oder eines Portals bereitgestellt werden. Formulare können on- oder offline ausgefüllt werden. Letztere Option gibt Nutzern, die eine gegebenenfalls erforderliche Signatur nicht verfügbar haben, die Möglichkeit, ein handschriftlich unterschriebenes Formular auf konventionellem Wege in den Verwaltungsprozess zu geben.

Um die Anpassung der Formulare durch die entsprechenden Behörden zu erleichtern, ist es sinnvoll, die elektronischen Formulare physisch weiterhin auf den dezentralen Webservern der Behörden zu lagern. Auf diese Weise kann jede einzelne Behörde flexibel auf ihre Formulare zugreifen und erforderliche Veränderungen durchführen.

Internet-Portal Das bestehende Dienstleistungsportal des Bundes, „www.bund.de“, kann als Einstiegsseite dienen und sollte ausgebaut werden. Hierzu gehört neben der Verknüpfung mit den bestehenden Web-Auftritten der einzelnen Behörden auch die Integration der Dienstleistungen, die sich an Bürger oder Unternehmen richten und öffentlich verfügbar sind. Eine abgestimmte Konzeption aus technischer und fachlicher Perspektive wird erarbeitet.

Call-Center Um die Nutzung der elektronischen Dienstleistungen zu ermöglichen, muss den Nutzern außerhalb des Behördenumfelds auch über herkömmliche Kommunikationsmedien Unterstützung angeboten werden. Zu diesem Zweck kann ein Call-Center Dienste leisten.



c. IT-Standards und -Architekturen

Die Einführung von eGovernment-Lösungen im IT-Umfeld der Bundesverwaltung erfordert die Spezifikation von Standards, Richtlinien und Empfehlungen, um Effizienz und Effektivität in den Umsetzungsvorhaben sicher zu stellen und endbenutzerorientierte, innovative Anwendungen zu entwickeln. Auf Grund der Heterogenität im Umsetzungsstand geplanter oder bereits eingeführter Lösungen in der Bundesverwaltung kommt der Bereitstellung übergreifender Standards besondere Bedeutung zu.

Die Festlegung von IT-Standards für die Umsetzungsvorhaben der Initiative BundOnline 2005 sollte sich an fünf Grundprinzipien ausrichten:

1. IT-Standards sind zentral für alle Bausteine einer IT-Architektur für eGovernment-Lösungen zu definieren. Hierbei sind dezentrale Anforderungen über geeignete Koordinations- und Abstimmungsprozesse in die Spezifikation mit einzubeziehen.
2. IT-Standards sollen im Wesentlichen die Interoperabilität und Portabilität zwischen eGovernment-Anwendungen untereinander und zu existierenden Verfahren sicherstellen.
3. Die Nutzung von IT-Standards soll eine Entlastung zentraler und dezentraler Realisierungseinheiten in Bezug auf die technischen Spezifikationen von eGovernment-Lösungen bewirken. Über IT-Standards wird ein Zugriff auf zentrales Know-how ermöglicht, das über ein Kompetenzzentrum die dezentralen Einheiten bei der Umsetzung von eGovernment Lösungen unterstützt.
4. IT-Standards unterstützen die Umsetzung technischer Leitlinien für eGovernment-Anwendungen. Beispiele hierfür sind Offenheit, Skalierbarkeit, Multi-Backend-Fähigkeit, vereinfachtes Systemmanagement, Arbeitsplatz-unabhängigkeit, Betriebssystemneutralität.

5. IT-Standards und Architekturen werden nicht statisch bereitgestellt, sondern über Change-Management-Prozesse gemäß den Entwicklungen und Trends aus der Industrie kontinuierlich analysiert und fortgeschrieben.

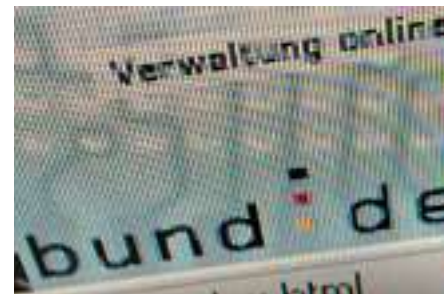
Durch die Festschreibung von IT-Standards und -Architekturen ist darüber hinaus der Investitionsschutz bereits eingeführter Hardwaresysteme (insbesondere dezentrale PCs) zu gewährleisten. Die Koexistenz – also die gleichzeitige Nutzung neuer und existierender Anwendungen auf vorhandener Hardware – stellt eine weitere Anforderung dar.

Die konkrete Ausgestaltung der erforderlichen IT-Standards und -Architekturen sollte unter Nutzung der bereits verfügbaren Vorarbeiten und Ergebnisse innerhalb eines zentralen Kompetenzzentrums erarbeitet und den Ressorts zur Verfügung gestellt werden.

d. Dezentrale Fachanwendungen

Die Bereitstellung der individuellen Fachanwendungen bildet die entscheidende Aufgabe, die dezentral – also innerhalb der Ressorts und den nachgeordneten Behörden – geleistet werden muss. Fachanwendungen sind Softwarelösungen, durch die eine elektronische Abbildung von Funktionalitäten einer Dienstleistung erfolgt. Aus diesem Grund ist eine ressortübergreifende Wiederverwendung von Fachanwendungen nur in seltenen Fällen möglich.

In ausgewählten Bereichen (z. B. Beschaffungsplattform, Shop-Systeme) ist es sinnvoll, die Entwicklungen behördenübergreifend zu koordinieren. Zu diesem Zweck sollte eine zentrale Koordinierung eingerichtet werden. Sie prüft, in welchen Behörden vergleichbare Aktivitäten stattfinden. Ziel ist es, die Idee des



„Einer-für-alle“-Prinzips zu fördern, Parallelentwicklungen zu vermeiden und qualitativ hochwertige Softwaresysteme innerhalb verkürzter Entwicklungszeiten bereitzustellen.



Neben der dezentralen Bereitstellung von Fachanwendungen sind für die Umsetzung der eGovernment-Initiative einige zusätzliche Elemente erforderlich. Hierzu zählen

insbesondere eine Basisinfrastruktur sowie Schulungs- und Einführungsaktivitäten.

e. Prozessuale Anpassungen

In prozessualer Hinsicht ist es erforderlich, die Einführung der elektronischen Leistungserbringung in den Behörden mit Reorganisationsaktivitäten zu begleiten. Dies geht einher mit den derzeit laufenden Modernisierungsprojekten innerhalb einer Vielzahl von Bundesbehörden. Folgenden Gestaltungsparametern kommt hierbei hohe Bedeutung zu:

- Sicherstellung einer „kundenzentrierten“ Behördenausrichtung (Wirtschaft, gesellschaftliche Gruppen, Länder, Bürger etc.) sowie die Ausrichtung der Dienstleistungen auf Service und Qualität
- Aktive Beteiligung aller Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei der Bewältigung der Modernisierung; Nutzung von Lerneffekten aus Aktivitäten bestehender Arbeitsgruppen und anderer Ressorts
- Kopplung internetgestützter Dienstleistungen und laufender Modernisierungsprojekte
- Zielgruppengerechte Information unter Berücksichtigung spezifischer Interessen und „Absatz“-Kanäle

- Anzahl und Management der Schnittstellen innerhalb der Behörde und zu nachgeordneten Behörden.

f. Zentrale Koordinations- und Steuerungskompetenz

Die IT-Leistungserbringung der Bundesverwaltung ist schwerpunktmäßig dezentral organisiert. Sowohl die Konzeption und Entwicklung von Fachanwendungen als auch der Betrieb von Rechenzentren erfolgen zum großen Anteil in den Behörden selbst. IT-Strategien und Rahmenvorgaben werden teilweise durch die IT-Abteilungen der Ministerien verantwortet, die gleichfalls die Fachaufsicht für untergeordnete Bundesbehörden wahrnehmen.

Die Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) soll als Kompetenzzentrum mit dem Ziel der Vereinheitlichung und Angleichung von IT-Infrastrukturen auf die einzelnen Ressorts einwirken. Dies geschieht institutionell durch den interministeriellen Koordinationsausschuss IT (IMKA), welcher die Empfehlungen der KBSt formell beschließt und als Empfehlungen an die Ressorts herausgibt. Über weitergehende Steuerungsinstrumente verfügt die KBSt nicht. Sie zeichnet ebenfalls für zentrale Infrastrukturen, wie z. B. den Informationsverbund Berlin Bonn (IVBB) und den in Entstehung befindlichen Informationsverbund der Bundesverwaltung (IVBV) verantwortlich. Im Hinblick auf die Erarbeitung von sicherheitsrelevanten Fragestellungen bei der Anwendung moderner IT-Kommunikation verfügt die Bundesverwaltung über Kompetenzen durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Die im Rahmen der Erarbeitung des IT-Zukunftskonzeptes aufgestellten Anforderungen an eine moderne IT-Infrastruktur für eGovernment setzen diesbezügliche organisatorische

und fachliche Anpassungen voraus, die für die Koordination der Gesamt-IT-Landschaft sowie für die Beschaffung und Entwicklung von Basis-komponenten unerlässlich sind. Eine Konzentration von bestimmten, auf eGovernment ausgerichteten Entwicklungskompetenzen u. U. in einer Kompetenzzentrums-Gliederung ist auch im Hinblick auf die Versorgung von Know-how unter Einbeziehung der Länder und Kommunen zu empfehlen. Des Weiteren erhöhen zentrale Aktivitäten die Flexibilität, innovative Formen der IT-Bereitstellung zu nutzen (z. B. durch Outsourcing- oder Betreibermodelle).

Diese Erfordernisse können durch die bestehenden organisatorischen Strukturen nur unzureichend abgedeckt werden. Fehlende Richtlinienkompetenzen erschweren die Vereinheitlichungsbemühungen von IT-bezogenen Verwaltungsprozessen und die konsequente Nutzung von Synergien. Die Realisierung von Wirtschaftlichkeitseffekten, etwa durch eine Bündelung der IT-Beschaffung und Koordination externer Entwicklungstätigkeiten, könnten mit Hilfe zusätzlicher Betreuungskapazitäten verbessert werden. Der engen Einbindung von Ländern und Kommunen steht beispielsweise eine fehlende dauerhafte Unterstützungs- und Programm-Managementfunktion für den KoopADV (Kooperationsausschuss Automatisierte Datenverarbeitung Bund/Länder/Kommunaler Bereich) entgegen.

Erste Gestaltungshypothesen schließen folgende Empfehlungen ein:

- Personeller Aufstockungsbedarf in Bezug auf internetbasierte Fach- und Realisierungskompetenz

- Straffung der Koordinations- und Abstimmungsprozesse gemäß des Grundsatzes „time-to-market“, darauf aufbauend die Anpassung bestehender Gremienstrukturen
- Etablierung behördenübergreifender Steuerungsprozesse

Die Detaillierung dieser Empfehlungen – unter Berücksichtigung der ressortspezifischen Belange – erfolgt derzeit im Rahmen der Arbeiten der Projektgruppe BundOnline 2005.



VI.

Umsetzungsplan

Auf Basis der erhobenen Dienstleistungen sowie auf Basis der Nutzenbetrachtungen und der Machbarkeitsanalyse erfolgt die Zuteilung der Dienstleistungen auf die jeweiligen Jahre 2002 bis 2005. Damit wird die Frage der vorrangigen Realisierung der Dienstleistungen beantwortet. Eine vollständige Liste der Dienstleistungen, mit Angabe der Kurzbezeichnung und Ressort- bzw. Behördenzugehörigkeit ist im Anhang 2 beigelegt. Der größte Teil der Dienstleistungen wird dabei in den Jahren 2002, 2003 und 2004 realisiert; dies ist vor allem durch die Verfügbarkeit zentraler Basiskomponenten in den Jahren 2002-2003 begründet. Die vorgeschlagene Zuteilung auf die Jahresscheiben ist im nebenstehenden Schaubild enthalten.

Zu den einzelnen Dienstleistungen sind nun in den jeweiligen Ressorts konkrete Einzelprojekte aufzusetzen, die sich mit der Entwicklung neuer Fachanwendungen bzw. mit der Weiterführung und dem Abschluss laufender Projekte befassen.



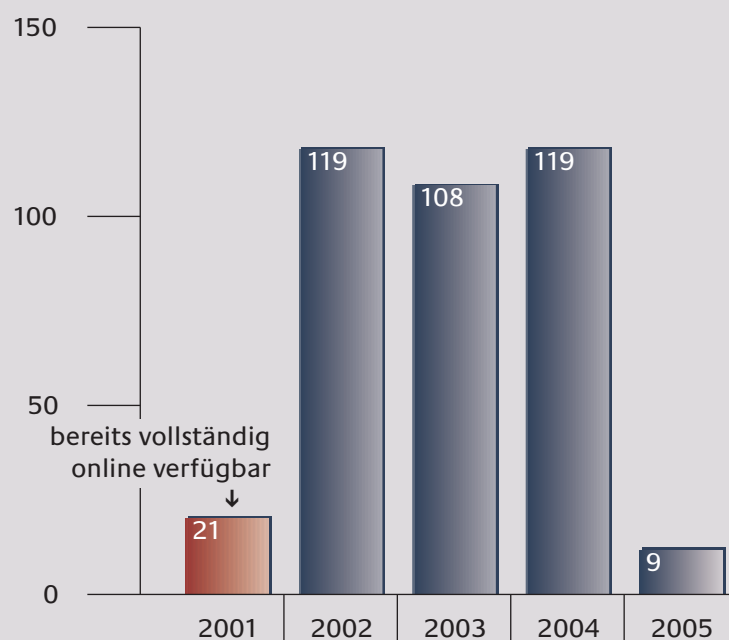
Zuordnung der Dienstleistungen nach Machbarkeit

Zur Beurteilung der Machbarkeit wurde der IT-Bedarf für die Online-Bereitstellung der Dienstleistung ermittelt. Anschließend erfolgte ein Vergleich des IT-Bedarfs mit bereits begonnenen oder schon realisierten Umsetzungsmaß-

nahmen. Zudem wurde der frühestmögliche Einführungszeitpunkt bestimmt, und zwar basierend auf den Verfügbarkeitsterminen von Basiskomponenten und den zeitlichen Aufwänden für die Realisierung von Fachanwendungen. Abschließend wurden übergeordnete Aspekte berücksichtigt, die sich aus ressortspezifischen Prioritäten sowie aus strategischen

Verteilung der Dienstleistungen nach frühestmöglichem Bereitstellungstermin

Anzahl der internetfähigen Dienstleistungen



Aktueller Stand

- Bisher wurden 383 Dienstleistungen erhoben und ausgewertet.
- Von diesen 383 Dienstleistungen sind 376 als onlinefähig eingestuft worden (Ausnahmen sind vor allem Realakte).
- Da 21 Dienstleistungen bereits heute vollständig online verfügbar sind, ist die Realisierung von verbleibenden 355 Dienstleistungen auf die Jahre 2002 bis 2005 zu verteilen.

Gesichtspunkten der Initiative BundOnline 2005 ergaben. Die strategischen Kriterien beinhalten insbesondere die Ausgewogenheit der Online-Angebote im Hinblick auf die Nutzung durch Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Aus der Beurteilung der Machbarkeit ergab sich eine Aufteilung der Dienstleistungen auf die Jahre 2002-2005 gemäß der technischen Umsetzbarkeit und unter Einbezug der beschriebenen rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bei der Beurteilung der Dienstleistungen wurde der gegenwärtige Umsetzungsstand berücksichtigt, der aus den 50 verfügbaren IT-Rahmenkonzepten sowie den Erhebungen der Projektgruppe (Fragebögen, Interviews mit IT-Experten der Bundesverwaltung, z. B. BSI, KBSt) ermittelt wurde.

Das methodische Vorgehen bei der Machbarkeitsbeurteilung bestand im Kern aus der Ermittlung des IT-Bedarfs einer Dienstleistung an Basiskomponenten und an eGovernment-Anwendungen (Fachanwendungen). Erfordert die Online-Bereitstellung einer Dienstleistung die Realisierung oder Anpassung einer Fachanwendung, wurde geprüft, ob hierfür bereits

ein Projekt aufgesetzt ist oder ein neues Projekt initiiert werden muss. Ein laufendes oder neues Projekt beinhaltet dabei eine Kombination aus Basiskomponenten, Erweiterung

einer Fachanwendung und neuen Fachanwendungen. Auf Basis der zu Grunde liegenden knapp 400 Dienstleistungen wurde die technologische Umsetzung in die drei Komplexitätsklassen „leicht“ (49 % der Dienstleistungen), „mittel“ (38 % der Dienstleistungen) und „schwer“ (13 % der Dienstleistungen) eingeteilt. Aus dieser Einteilung ergaben sich unterschiedliche Laufzeiten für die Projekt-

realisierung, die von einem halben Jahr bis maximal zwei Jahre reichen.

Zur Durchführung der Machbarkeitsbeurteilung wurden drei zusätzliche Annahmen getroffen:

- In den Projektlaufzeiten sind offensichtliche Teilanpassungen der existierenden Geschäftsprozesse und Schnittstellenanpassungen berücksichtigt – eine vorgeschaltete Ablaufoptimierung ist jedoch nicht einbezogen.
- Die geschätzten Projektlaufzeiten werden als Gesamtaufwände betrachtet, die zu 30 % aus der Konzeption der Anwendung, zu 50 % aus der Realisierung und Tests sowie zu 20 % aus der Einführung bestehen.
- Bei der Schätzung wird von einer maximalen Realisierungsdauer für neue eGovernment-Projekte von zwei Jahren ausgegangen – ansonsten ist eine Neubewertung des Projektumfangs vorzunehmen.

Auf Basis der Machbarkeitsbeurteilung wurde im weiteren Verlauf die Schätzung des erforderlichen Finanzbedarfs durchgeführt.



Verfügbarkeit der Basiskomponenten

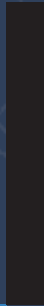
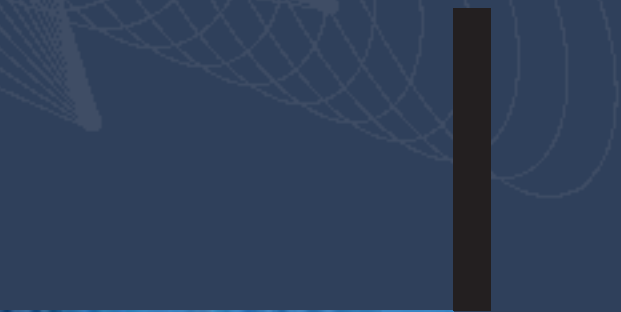
		2002	2003	2004	2005
Vorgangs-Bearbeitung /DMS*	<ul style="list-style-type: none"> • Konzeption Vorgangsbearbeitung • Produktverfügbarkeit • Einführungsleitfäden 	▲			
Datensicherheit	• Grundfunktionalitäten (Firewalls, Verschlüsselung etc.)	▲			
	• Fortgeschrittene Signatur		▲		
	• Qualifizierte Signatur				
	- Standardisierung von Zertifikaten (ISIS-MTT)	▲	▲		
	- Interoperabilität beim Verarbeiten von Zertifikaten		▲		
	- Chipkarten-Standardisierung		▲		
Content-Management-System	• Content-Management-Paket	▼	▲		
Zahlungsverkehr	• Payment Server Stufe 1 (Überweisung, Lastschrift)	▼	▲		
	• Payment Server Stufe 2 (Kredit-/Debitkarte)	▼	▲		
	• Payment Server Stufe 3 (M-Payment etc.)		▼	▲	
Formular-Server	• Formularserver	▼	▲		
Internet-Portal	• Internet-Portal	▲			
Call Center	• Call-Center	▲			

▼ Beginn
▲ Ende

* DMS: Document-Management-System

VII.

Finanzbedarfsschätzung





Die vorliegende Finanzbedarfsschätzung für die eGovernment-Initiative der Bundesregierung in den Jahren 2002 bis 2005 wurde mit Hilfe eines Top-down-Ansatzes vorgenommen. Ausgehend von den einzelnen, mit den Behörden erarbeiteten und mit den Ressorts abgestimmten Dienstleistungen wurde der Finanzbedarf ermittelt.

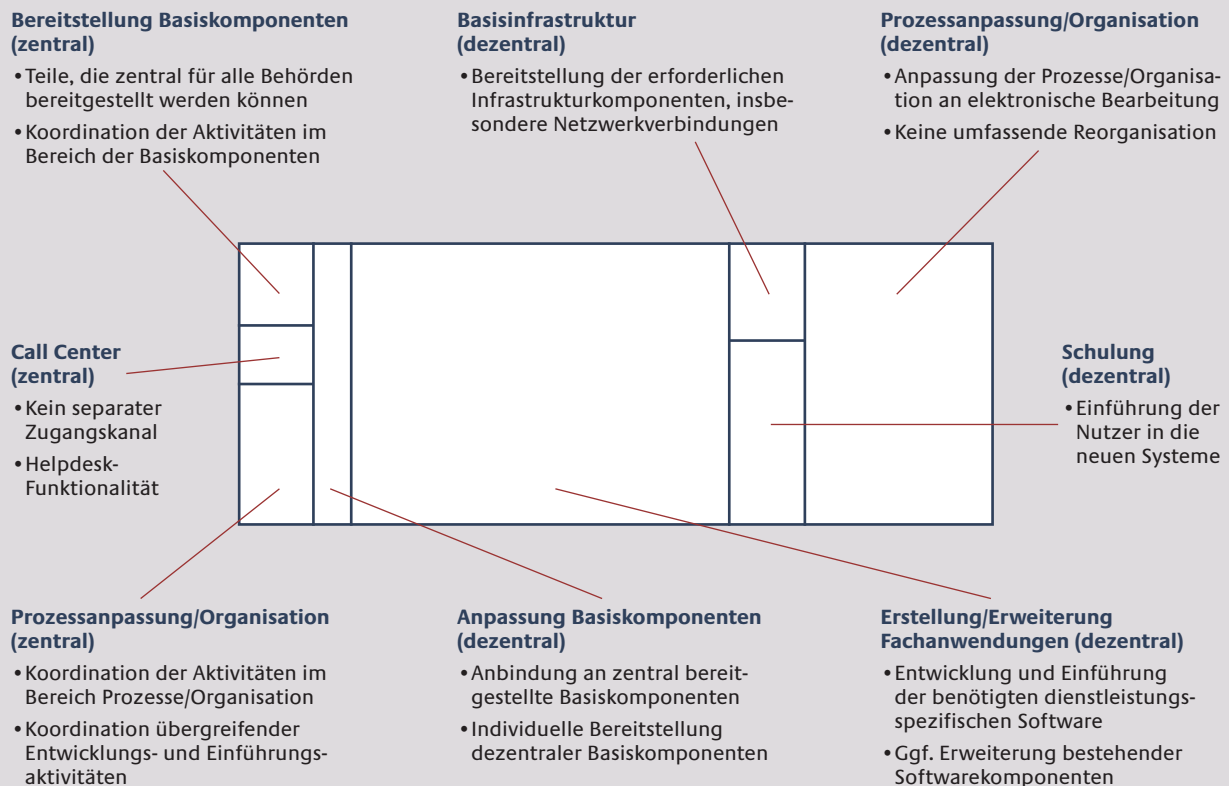
Berechnungen der Ressorts zur Finanzbedarfsabschätzung auf Grund konkreter ressortspezifischer Entwicklungen zur Umsetzung der Initiative BundOnline 2005 unter Einbeziehung des Umsetzungsplans können zu abweichenden Ergebnissen führen, die in die Fortschreibung des Umsetzungsplans aufgenommen werden.

Neben dem Aufwand für technische Elemente entsteht zusätzlicher Aufwand für die Anpassung von Organisation, Prozessen sowie für das übergeordnete Projektmanagement/Monitoring. Für die Finanzbedarfsschätzung

wurde davon ausgegangen, dass primär Teilanpassungen der Geschäftsprozesse erfolgen, die auf Grund der elektronischen und weitgehend durchgängigen Abbildung zwingend notwendig sind.

Ein wesentliches Prinzip der Finanzbedarfsschätzung war die Unterscheidung in zentrale und dezentrale Aufwände. Zentral wurden jene Leistungen erfasst, die behördenübergreifend eingesetzt werden können. Diese Werte schließen die Aufwände für Hardware, Software (Lizenzen) sowie Services mit ein. Zu den dezentralen Aufwendungen zählen die Anpassung der zentralen Komponenten an die spezifischen Gegebenheiten (Schnittstellen, funktionale Anpassungen etc.) und die Implementierung dezentraler Komponenten. Die einzelnen Komponenten des Finanzbedarfs sind schematisch im folgenden Schaubild dargestellt.

Komponenten des Finanzbedarfs



Vier weitere allgemeine Annahmen wurden für die Finanzbedarfsschätzung festgelegt:

- Quellen für die Aufwandsabschätzungen sind Interviews mit ausgewählten Technologieanbietern sowie Eckwerte bereits laufender Projekte und Zuschlagssätze, die aus Erfahrungswerten abgeleitet wurden.
- Unterstützende Dienstleistungen (Personalverwaltung und dergleichen) wurden in dieser Finanzbedarfsschätzung nicht berücksichtigt.
- Auf das Einbeziehen externer Einflüsse (z. B. Inflation, Preisverfall etc.) und der Mehrwertsteuer wurde in der vorliegenden ersten Bandbreitenschätzung verzichtet.

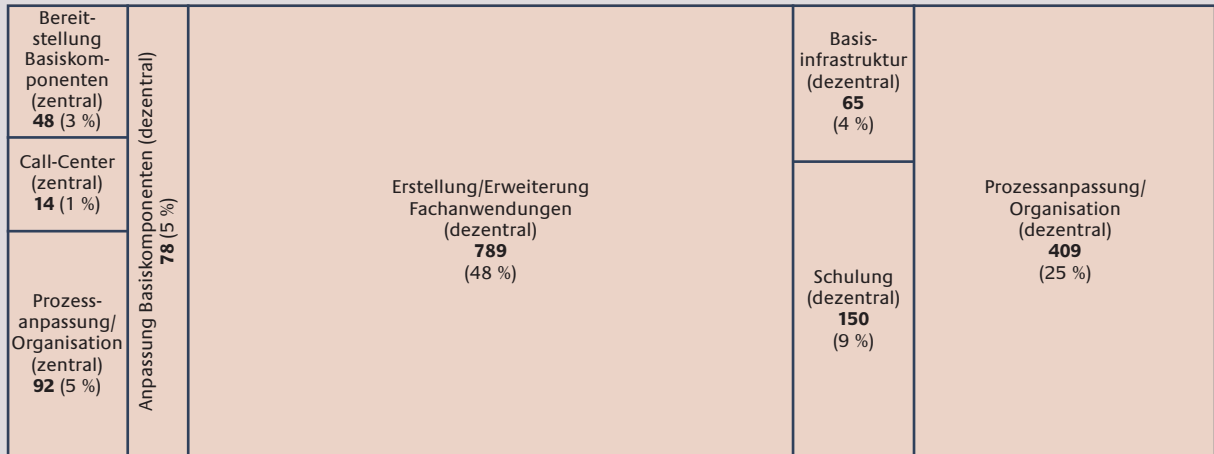
- Einige Annahmen bezüglich Aufwandstreiber wurden auf Mitarbeiterzahlen pro Dienstleistung bezogen. Hierbei wurde davon ausgegangen, dass insgesamt 70 % der Mitarbeiter einer Behörde mit der Abwicklung der Dienstleistungen befasst sind. Die Mitarbeiterzahl wurde dabei gleichmäßig auf die Dienstleistungen der jeweiligen Behörde aufgeteilt.

1. Ergebnisse im Überblick

Die Grobschätzung des Finanzbedarfs für die eGovernment-Initiative der Bundesregierung liegt in einer Bandbreite von 1,65 Mrd. Euro plus/minus 0,2 Mrd. Euro für die Jahre 2002 bis 2005. Das folgende Schaubild detailliert die Zusammensetzung des Finanzbedarfs.

Abschätzung Finanzbedarf (in Mio. Euro)

**Gesamt 2002 bis 2005:
1,65 Mrd. Euro +/- 0,2 Mrd. Euro**

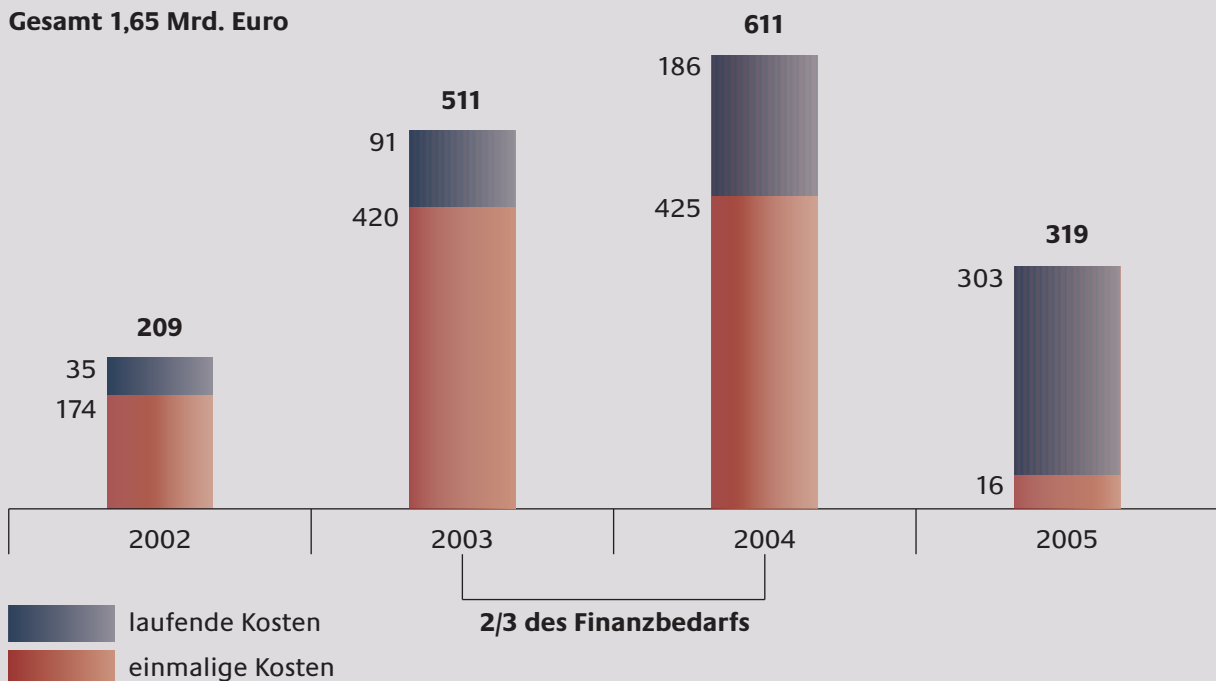


Mit 789 Mio. Euro (48 %) bilden die Fachanwendungen den größten Finanzbedarfsblock, weitere 409 Mio. Euro (25 %) sind für die dezentralen Prozessanpassungen erforderlich. Die Bereitstellung zentraler Basiskomponenten schlagen mit etwa 48 Mio. Euro (3 %) zu Buche,

weitere 409 Mio. Euro (25 %) sind für die dezentralen Prozessanpassungen erforderlich. Die Bereitstellung zentraler Basiskomponenten schlagen mit etwa 48 Mio. Euro (3 %) zu Buche,

Verteilung des Finanzbedarfs (in Mio. Euro)

Gesamt 1,65 Mrd. Euro



zusätzlich sind dezentrale Anpassungen erforderlich, die mit 78 Mio. Euro (5 %) budgetiert sind. Schulungsmaßnahmen, die vollständig dezentral durchgeführt werden, erfordern 150 Mio. Euro (9 %), Aufwand für zentrale Prozessanpassungen und Koordinationsaufgaben sind mit 92 Mio. Euro (5 %) budgetiert. Für das zentrale Call-Center (Helpdesk) werden weitere 14 Mio. Euro (1 %) erforderlich sein. Für die Verbesserung der Basisinfrastruktur auf den für eGovernment erforderlichen Standard werden 65 Mio. Euro (4 %) budgetiert.

Die zeitliche Verteilung des Aufwandes und die Aufteilung in laufenden und einmaligen Aufwand ist aus folgendem Schaubild ersichtlich.

2. Ergebnisse auf Ebene der Ressorts

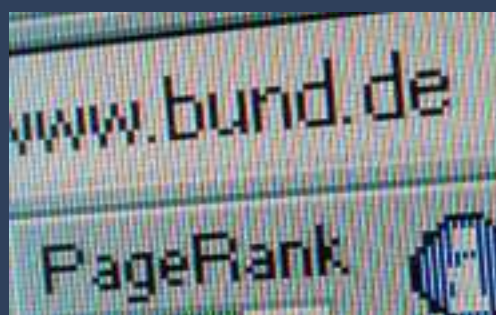
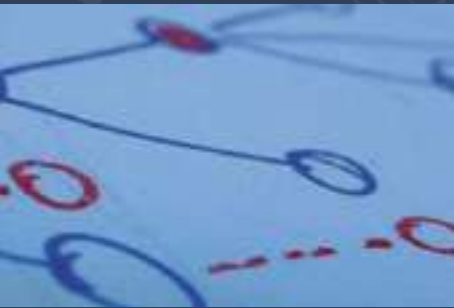
Die folgende Tabelle detailliert den Finanzbedarf für die einzelnen Ressorts in den Jahren 2002 bis 2005.

Ressort	Finanzbedarf (in Mio. Euro) 2002 - 2005
Bundeskanzleramt	0,2
Auswärtiges Amt	4
Bundesministerium der Justiz	53
Bundesministerium des Innern	163
Bundesministerium der Finanzen	233
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	95
Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	62
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	21
Bundesministerium der Verteidigung	77
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Bundesministerium für Gesundheit	49
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen	215
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	36
Bundesministerium für Bildung und Forschung	16
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Presse und Informationsamt der Bundesregierung	8
Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien	41
Selbstverwaltungskörperschaft: Bundesanstalt für Arbeit	271
Selbstverwaltungskörperschaft: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	121
Zentraler Finanzbedarf	154
Summe 2002 bis 2005	1,65 Mrd. Euro



VIII.

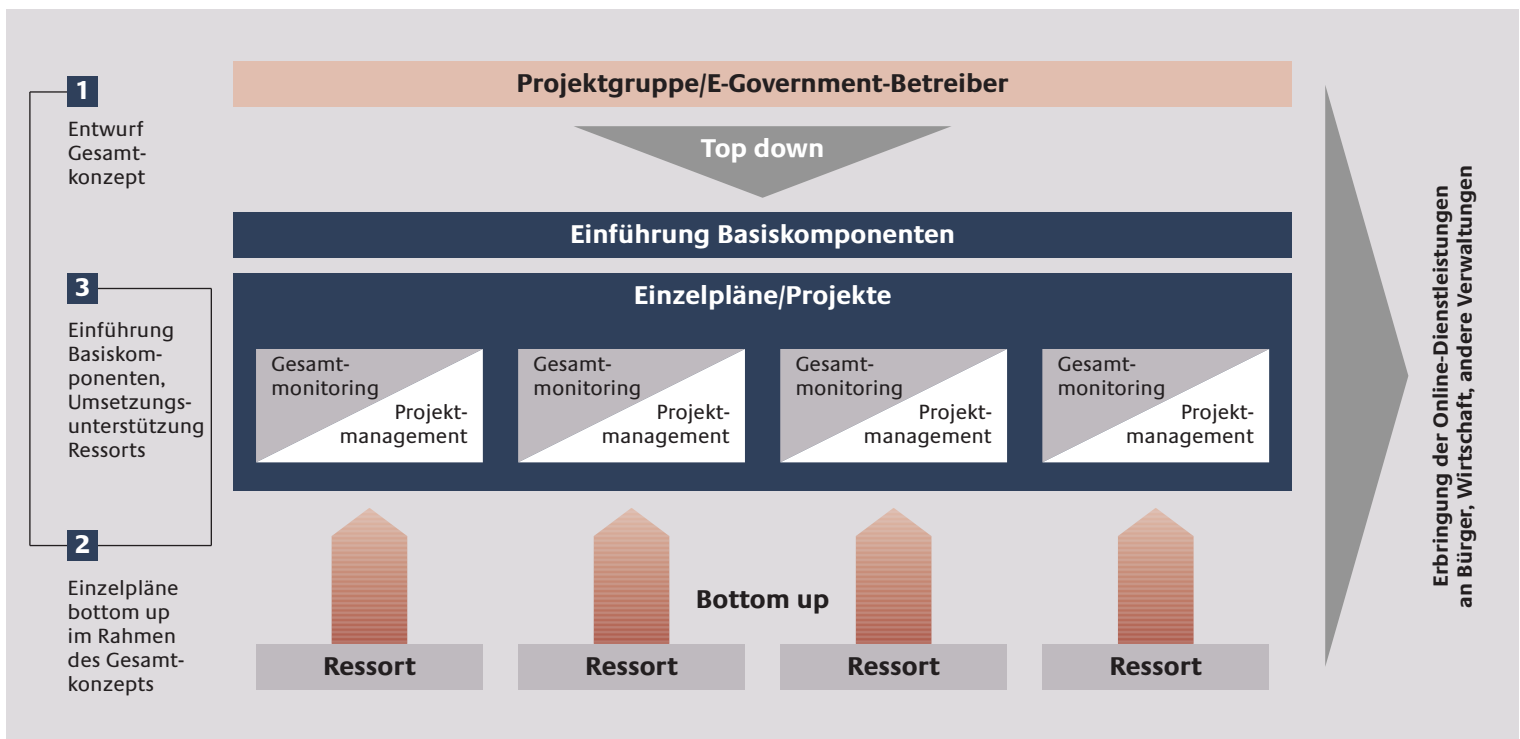
Nächste Schritte



Nach dem Erarbeiten des Gesamtkonzeptes ist es entscheidend, die einzelnen Umsetzungsschritte mit den Ressorts abzustimmen. Hierzu ist es zunächst erforderlich, die Einzelpläne „bottom up“ zu überprüfen und mit konkreten Detailplanungen zu versehen. Insbesondere ressortspezifische eGovernment-Strategien müssen hierbei Berücksichtigung finden. Hier

ist ein Monitoring unabdingbar. Während die konkrete Umsetzung, d. h. das Online-Bereitstellen der Dienstleistungen, in den einzelnen Ressorts erfolgen muss („bottom up“), wird die übergeordnete Gesamtkoordinierung „top down“ erfolgen. Dieser Abgleichprozess ist im Überblick aus dem folgenden Schaubild ersichtlich.

Erarbeitung, Einführung und Umsetzung von Online-Diensten



▶ ANHANG 1 : Kurzprofile der Modellverfahren

Der derzeitige Kreis der Modellverfahren umfasst folgende Verfahren:

- ▶ **1. Arbeitsamt online – BMA/
Bundesanstalt für Arbeit
(www.arbeitsamt.de)**
Serviceangebot im Internet zur Arbeitsvermittlung: Der Stellen-Informationen-Service (SIS) mit durchschnittlich über 450.000 offenen Stellen ist das am häufigsten aufgerufene Angebot. Für Arbeitgeber werden im Arbeitgeber-Informationen-Service (AIS) über 1,6 Millionen Bewerberangebote mit Angaben zu Kenntnissen, Aus- und Weiterbildung und zur Berufspraxis bereitgehalten. Der Ausbildungs-Stellen-Informationen-Service (ASIS) bietet rund 200.000 betriebliche Ausbildungsplätze an, das Angebot KURS – die Datenbank für Aus- und Weiterbildung – informiert über 390.000 schulische Aus- und Weiterbildungsangebote. Über die einzelnen Module von Arbeitsamt online – also ohne direkte, persönliche Vermittlungstätigkeit – werden im Jahr etwa 500.000 Stellen vermittelt, wie durch einen extern vergebenen Forschungsauftrag belegt wurde.
- ▶ **2. Asylis Web – BMI/Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (www.bafl.de/asylis)**
Über das hausinterne „Informationszentrum Asyl“ werden den Mitarbeitern Datenbanken zum Themenkomplex Asyl zur Verfügung gestellt. Künftig können ausgewählte externe Anwendergruppen über das Internet auf die zentralen Datenbanken zugreifen. Als Pilotprojekt wurde diese Zugangsform für bayerische Verwaltungsgerichte Ende 2000 realisiert.
- ▶ **3. ATLAS – BMF/Zollverwaltung
(www.zoll-d.de)**
ATLAS soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der kommerzielle Warenverkehr mit Drittländern weitgehend automatisiert mit Hilfe der Informationstechnologie abgewickelt wird. Mit dem Grundsystem ATLAS können die als Subsysteme integrierten wesentlichen Zollverfahren elektronisch beantragt, bearbeitet, erledigt und archiviert werden.
- ▶ **4. BAföG Online – BMI/Bundesverwaltungsamt (www.bva.bund.de/aufgaben/bafog)**
Digitale Verwaltung von Ausbildungsdarlehen mit Online-Service. Mit dem Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem FAVORIT wird bereits heute die jährliche Rückzahlung von Darlehen im Wert von 1,2 Milliarden DM papierlos bearbeitet. Die derzeit über 500.000 BAföG-Rückzahler (Rückzahlungsvolumen 9,3 Milliarden DM) können Anträge auf leistungsabhängige oder soziale Vergünstigungen bei der Tilgung von BAföG-Darlehen online an das Bundesverwaltungsamt schicken. Seit dem 1. November 2000 wurden ca. 12.000 Online-Anträge gestellt – 8 % der Anträge insgesamt.
- ▶ **5. DEPATISnet – BMJ/
Deutsches Patent- und Markenamt
(www.depatismet.de)**
Das Deutsche Patent- und Markenamt öffnet im Internet den Blick auf 25 Millionen Patentdokumente. DEPATISnet bietet nicht nur den Zugriff auf sämtliche deutsche Patentdokumente seit 1877, sondern ermöglicht auch die Suche in

▶ ANHANG 1 : Kurzprofile der Modellverfahren

Dokumenten einer Vielzahl von Ländern und Patentämtern weltweit. DEPATISnet und das zu Grunde liegende Deutsche Patentinformationssystem (DEPATIS) sind Bausteine eines unter dem Reorganisationsprogramm DPMA 2000 bereits in der Realisierungsphase befindlichen medienbruchfreien Patent-Erteilungsverfahrens von der elektronischen Anmeldung bis zur rechtswirksamen elektronischen Publikation. Gegenwärtig werden 5.000 Nutzer pro Tag verzeichnet.

▶ 6. DIGANT – Bundesdruckerei (www.bundesdruckerei.de)

DIGANT kann den bisherigen Papier-Antragsvorgang in der Bundesdruckerei (bisher 50.000 bis 70.000 Vorgänge pro Tag) durch einen digitalen Datenaustauschvorgang ersetzen. Das Verfahren wird bereits in einigen Kommunen erfolgreich eingesetzt. DIGANT erhöht die Effizienz der Verwaltungsabläufe durch automatisierte Bestellvorgänge, DV-gestützte Überprüfung der Antragsdaten und kostengünstigen Versand der Bestellungen. Bis zum Jahresende 2001 sollen ca. 100 Kommunen angebunden werden.

▶ 7. Elektronischer Projektträger – BMWi (www.fhms.de)

Online-Förderprogramm-Management – Antragsteller können Informationen und Antragsunterlagen über die Förderprogramme des BMWi online abrufen, sich jederzeit online über den aktuellen Bearbeitungsstand informieren, in Dialog mit dem Projektträger treten, in den Ablauf eingreifen und Änderungswünsche einbringen. Insgesamt werden ca. 1.250 Forschungsvorhaben betreut.

▶ 8. ELSTER – BMF/Oberfinanzdirektionen München und Erfurt (www.ELSTER.de)

ELSTER: Das Modul zur sicheren Datenübertragung wird Softwareherstellern zur Integration in eigene Software kostenlos überlassen. Bisher wurden mehr als 400.000 Einkommensteuererklärungen elektronisch übermittelt, die Zahl der elektronisch übermittelten Steueranmeldungen überstieg 4 Millionen. ELSTER-Formular: Als nächsten Schritt bieten die Steuerverwaltungen seit dem 9. Februar 2001 bundesweit ein komplettes amtliches Erklärungsprogramm an – ein weiterer Schritt auf dem Weg zur vollelektronischen, papierlosen Steuererklärung. Ziel ist die Verwirklichung einer papierlosen Steuererklärung und eines papierlosen Steuerbescheids.

▶ 9. Geodatensystem – BMI/BKG (www.geodatenzentrum.de)

Online-Vertriebssystem für Geobasisdaten. Vom GeoDatenZentrum beim Bundesamt für Kartographie und Geodäsie werden die amtlichen topographisch-kartographischen Geobasisdaten der deutschen Landesvermessung bereitgestellt. An Bundesbehörden werden die Daten auf der Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung kostenfrei abgegeben. Unter www.atkis.de können Metadaten (Daten über Daten), die über die Verfügbarkeit und Qualität des Angebots informieren, abgerufen werden. 3.000 Zugriffe im Monat werden registriert.

▶ ANHANG 1 : Kurzprofile der Modellverfahren

- ▶ **10. IFOS-Bund – BMI/Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (www.ifos-bund.de)**
Konzeption eines interaktiven Fortbildungssystems – IFOS koordiniert Information, Beratung, Kommunikation, Dokumentation und Training und wird den Wirkbetrieb als interaktives Fortbildungssystem für die Bundesverwaltung ab ungefähr Ende 2001 aufnehmen.
- ▶ **11. Öffentlicher Eink@uf online – BMWi/BMI/Beschaffungsamt des BMI/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (www.oeffentlicher-einkauf-online.de)**
Jährlich vergeben über 30.000 öffentliche Auftraggeber Aufträge im Wert von rund 500 Mrd. DM. Als zentrales Einkaufsorgan nutzen künftig das Beschaffungsamt und das BBR Internet-Technologie für den gesamten Vergabeprozess – vom Bedarf bis zur Auslieferung der Produkte. Behörden des Geschäftsbereichs des BMI werden zukünftig auf einem virtuellen Marktplatz Waren oder Leistungen direkt bei einem gewerblichen Unternehmen bestellen können.
- ▶ **12. PROFI – BMBF/BMWi (www.kp.dlr.de/profi)**
PROFI unterstützt die administrativen Aufgaben der Projektförderung in allen Phasen der Abwicklung. Es ermöglicht das Erfassen, Pflegen und Bewirtschaften von Anträgen und Vorhaben in den aktuellen Formularen und Vordrucken des BMBF/BMWi. Für die elektronische Beantragung von Fördermaßnahmen steht das Antragssystem „easy“ im Internet zur Verfügung, das Anträge auf Plausibilität prüft. Zurzeit werden 15.000 Forschungsvorhaben von 1.400 eingetragenen Nutzern betreut.
- ▶ **13. Statistik-Shop – BMI/Statistisches Bundesamt (www-ec.statistik-bund.de)**
In das bestehende Internetangebot des Statistischen Bundesamtes wurde der kommerzielle Vertrieb von Publikationen integriert. Es können ausgewählte aktuelle Print-Veröffentlichungen bestellt und Dateien mit neuesten statistischen Ergebnissen als Online-Produkte heruntergeladen werden. Seit der im März 2000 begonnenen Testphase wurden insgesamt 13.000 Kunden registriert und über 250.000 DM umgesetzt.
- ▶ **14. Bestätigungsabfrage Umsatzsteuer-Identifikationsnummer – BMF/Bundesamt für Finanzen (www.bff-online.de)**
Das Bundesamt für Finanzen ermöglicht es den Unternehmen, die Gültigkeit der für die Abwicklung umsatzsteuerfreier Geschäfte in der EU benötigten Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Geschäftspartners über das Internet abzufragen („Einfache Bestätigungsabfrage“). Mit einem WAP-Service stellt das Bundesamt für Finanzen den Unternehmen eine flexible Möglichkeit zur Verfügung, die Gültigkeit der Unternehmenssteuer-Identifikationsnummer schnell und mobil per WAP-Handy zu überprüfen. Von insgesamt etwa 15.000 monatlichen Abfragen dieser Art erfolgen ca. 14.000 über das Internet.

ANHANG 1 : Kurzprofile der Modellverfahren

- ▶ **15. w3Stat – BMI/Statistisches Bundesamt (w3stat.statistik-bund.de)**
Zweck der Intrahandelsstatistik ist die Erhebung des bilateralen Warenverkehrs zwischen Deutschland und den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Derzeit sind ca. 70.000 Unternehmen zur Intrahandelsstatistik meldepflichtig. Monatlich werden im Rahmen des Intrastat-systems mehr als 7 Millionen Datensätze im Statistischen Bundesamt verarbeitet. w3stat ist ein online-gestütztes Meldeverfahren, das derzeit von 7.000 Unternehmen genutzt wird.
- ▶ **16. Zentraler Liegenschaftsnachweis – BMF/Bundesvermögensverwaltung (www.bundesfinanzministerium.de)**
Die Bundesvermögensverwaltung richtet eine Internet-Plattform ein, die allen liegenschaftsverwaltenden Dienststellen zur Verfügung steht: Dokumentation der aktuellen Nutzung der Liegenschaften zum Zweck eines möglichst wirtschaftlichen und ressourcenschonenden Immobilieneinsatzes, Unterstützung bei der ressortübergreifenden Koordination, Anmeldung und Bedarfsdeckung von Flächen- und Raumbedarf der Bundesverwaltungen und Publikation von Immobilienangeboten über das Internet.
- ▶ **17. Bildungskredit – BMBF, BMI, BVA, Deutsche Ausgleichsbank (www.bva.bund.de/aufgaben/bildungskredit/index.html)**
Online-Verfahren zur Abwicklung des Bildungskredites. Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt und der Deutschen Ausgleichsbank ein Bildungskredit für Studierende, Schülerinnen und Schüler angeboten (Programm Bildungskredit). Aufgabe des Bundesverwaltungsamtes ist es, das Bewilligungsverfahren durchzuführen. Das Verfahren zur Abwicklung des Bildungskredites unterteilt sich in die Phasen Bewilligungsverfahren, Kreditauszahlung und -verwaltung sowie Rückforderung nach Einlösen der Bundesgarantie. Seit dem 1. April 2001 wurden ca. 4.700 Online-Anträge gestellt – 60 % der Anträge insgesamt.
- ▶ **18. BSV-Direkt – BMF, Bundesschuldenverwaltung (www.bsv.de)**
Die Bundesschuldenverwaltung bietet Anlegern die gebührenfreie Verwaltung von Bundeswertpapieren auf Einzelschuldbuchkonten an. Derzeit werden rund 1,1 Mio. Konten geführt. Zukünftig wird den Kunden ein Online-Zugriff auf ihre Depots angeboten. Neben dem Abruf von Kontoinformationen wird auch die Online-Auftragserteilung möglich sein. Die Konzeption dieses Projektes ist abgeschlossen, derzeit erfolgt die Realisierung.

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BK	Bundeskanzleramt	Kommunikation parlamentarischer Anfragen aus dem Bundestag
AA	Auswärtiges Amt	Informationsbereitstellung im In- und Ausland
BMJ	Bundesministerium der Justiz	Allgemeine Informationen zu Vorbereitung von politischen Entscheidungen bzw. Gesetzesvorhaben
BMJ	Bundesministerium der Justiz	Einrichtung geschlossener Benutzergruppen für Expertenkommissionen
BMJ	Bundesministerium der Justiz	Spezielle Dokumentation von Bürgeranfragen und Antworten zu Gesetzgebungsvorhaben
BMJ	Bundesfinanzhof	Allgemeine Information
BMJ	Bundesfinanzhof	Fachinformation
BMJ	Bundesfinanzhof	Elektronischer Rechtsverkehr
BMJ	Bundesgerichtshof	Allgemeine Information
BMJ	Bundesgerichtshof	Fachinformationen
BMJ	Bundesgerichtshof	Elektronischer Rechtsverkehr Zivilsachen
BMJ	Bundesgerichtshof	Elektronischer Rechtsverkehr Strafsachen
BMJ	Bundespatentgericht	Allgemeine Informationen
BMJ	Bundespatentgericht	Fachinformationen
BMJ	Bundespatentgericht	Elektronischer Rechtsverkehr in einzelnen Verfahren
BMJ	Bundespatentgericht	Spezielle Verfahren außerhalb eines Hauptverfahrens
BMJ	Bundesverwaltungsgericht	Allgemeine Information
BMJ	Bundesverwaltungsgericht	Fachinformation
BMJ	Bundesverwaltungsgericht	Versand von Gerichtsentscheidungen
BMJ	Bundesverwaltungsgericht	Elektronischer Rechtsverkehr
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Allgemeine Informationen
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Online-Anmeldungen im Schutzrechtsbereich Patente
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Schutzrechtsbezogene Auskunftsdienste/ Fachinformationen
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Information über Ausbildung von Patentsanwaltskandidaten einschließlich Online-Trainingsangebote
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Online-Anmeldungen in den Schutzrechtsbereichen Gebrauchsmuster und Marken
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Kommunikation mit Patentanmeldern und Vertretern
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Online-Anmeldung im Schutzrechtsbereich Geschmacksmuster
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Online-Schiedstätigkeiten

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Kommunikation mit Gebrauchsmuster-, Marken- und Geschmacksmusteranmeldern und Vertretern sowie Behörden
BMJ	Deutsches Patent- und Markenamt	Weitere Fachinformationen bereitstellen
BMJ	Generalbundesanwalt	Zusammenarbeit mit Behörden bei den Registeranwendungen (Bundeszentralregisteranwendungen (BZR u. ä.); Gewerberegister (GZR); Zentrales staatsanwaltliches Verfahrensregister (ZStV); Kleinanwendungen)
BMJ	Generalbundesanwalt	Auskünfte aus dem GZR
BMJ	Generalbundesanwalt	Ersuchen um Auskünfte aus dem BZR
BMI	Bundesministerium des Innern	Travel-Management-System (TMS)
BMI	Bundesministerium des Innern	Teilhabe der Öffentlichkeit an der Vorbereitung von Gesetzgebungsvorhaben und politischen Entscheidungen
BMI	Bundesministerium des Innern	Information/Partizipation
BMI	Bundesministerium des Innern	Sicherheit personalisierter Ausweisdokumente
BMI	Bundesamt für Verfassungsschutz	Fachinformationen bereitstellen
BMI	Bundeskriminalamt	Durchführung von Aus- und Weiterbildung
BMI	Bundeskriminalamt	Fachbezogene (kriminalistische) Information
BMI	Bundeskriminalamt	Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen (innerhalb der Zentralstelle)
BMI	Bundeskriminalamt	Operative Tätigkeiten (Ermittlung, Prävention von Gefahren etc.)
BMI	Bundeskriminalamt	Personenschutz
BMI	Bundesgrenzschutz	Bürgerinformation (z. B. aktuelle Reisehinweise bereitstellen)
BMI	Bundesgrenzschutz	Darstellung der Aus- und Fortbildungsinstitutionen (Daten, Strukturen, Zuständigkeit)
BMI	Bundesgrenzschutz	Informationen im Rahmen der Kriminalprävention bereitstellen
BMI	Bundesgrenzschutz	Entgegennehmen von Bürgerhinweisen (Hotline)
BMI	Bundesgrenzschutz	Bußgeldverfahren online (einschl. Zahlung des Bußgeldes)
BMI	Bundesgrenzschutz	Entgegennahme von Anzeigen
BMI	Bundesgrenzschutz	Erteilung von Grenzerlaubnissen; Antragsbearbeitung zur Ausstellung „Reiseausweis als Passersatz“
BMI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	Beratung zum Datenschutz (Bundesbehörden, TK-Unternehmen, sonstige Stellen)

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	Beratung des Gesetzgebers zur Vorbereitung politisch-regulativer Entscheidungen
BMI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	Datenschutzkontrolle (Bundesbehörden, TK-Unternehmen, sonstige Stellen)
BMI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern beim BfD
BMI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	Informationsbereitstellung
BMI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Allgemeine Informationen zur Sicherheit in der Informationstechnik bereitstellen
BMI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Fachliche Beratung zu Fragen der IT-Sicherheit bereitstellen
BMI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Unterstützung der Verwaltung bei Sicherheitsanalyse
BMI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Bereitstellen von Antivirus-Software/ Sicherheitsprodukten für Bundesbehörden
BMI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Grundschutz für Informationstechnik anbieten
BMI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Beschaffungsvorhaben durchführen
BMI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Zertifizierung, Akkreditierung und Lizenzierung von Produkten bzw. Systemen für die IT-Sicherheit
BMI	Beauftragte für die Stasi-Unterlagen	Unterrichtung der Öffentlichkeit, z. B. über Publikationen, Podiumsdiskussionen
BMI	Beauftragte für die Stasi-Unterlagen	Antrag auf Auskunft bzw. Einsicht bearbeiten
BMI	Beauftragte für die Stasi-Unterlagen	Ersuchen öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen bearbeiten
BMI	Technisches Hilfswerk	Sonstige technische Hilfeleistungen
BMI	Technisches Hilfswerk	Technische Hilfe bei der Bekämpfung von Katastrophen, öffentlichen Notständen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes auf Anordnung der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen
BMI	Technisches Hilfswerk	Technische Hilfe im Rahmen der humanitären Hilfe im Ausland
BMI	Technisches Hilfswerk	Technische Hilfe im Zivilschutz
BMI	Statistisches Bundesamt	Bereitstellung fachspezifischer Informationen
BMI	Statistisches Bundesamt	Durchführung dezentraler Statistiken
BMI	Statistisches Bundesamt	Durchführung zentraler Statistiken
BMI	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	Information von Öffentlichkeit und Institutionen

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort	Behörde	Dienstleistung
BMI	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	Veröffentlichungen anbieten
BMI	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	Forschungsanträge
BMI	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	Informationen bereitstellen
BMI	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	Pressedokumentation einschließlich Versand
BMI	Fachhochschule des Bundes	Bereitstellung von Lernprogrammen
BMI	Fachhochschule des Bundes	Bereitstellung von Studienunterlagen
BMI	Fachhochschule des Bundes	Literaturrecherche in der Zentralbibliothek
BMI	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung	Durchführung von Fortbildung
BMI	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung	Online-Buchung in der Fortbildung
BMI	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung	Veröffentlichungen bereitstellen
BMI	Beschaffungsamt des BMI	Beschaffung durchführen
BMI	Beschaffungsamt des BMI	Fachinformationen bereitstellen
BMI	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	Asylisweb
BMI	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	Vergabe von Förderungen Europäischer Flüchtlingsfonds (EFF)
BMI	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	Informationen bereitstellen
BMI	Bundeszentrale für politische Bildung	Informationen bereitstellen/Bestellungen abwickeln
BMI	Bundeszentrale für politische Bildung	Vergabe von Zuwendungen für Veranstaltungen der politischen Bildung
BMI	Bundesverwaltungsamt	Unterstützung bei zentralen Diensten (Gleitzeit, Versenden von Informationsschriften, Verwaltungsaufgaben)
BMI	Bundesverwaltungsamt	Sonstige Antrags- und Bescheidverfahren (ISAS-Online, Visa-Online)
BMI	Bundesverwaltungsamt	Zuwendungen/Förderungen (BAföG-Online, Bildungskredit)
BMI	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	Internet Shop, Karten und Veröffentlichungen
BMF	Bundesministerium der Finanzen	Rechts- und Fachaufsicht
BMF	Bundesministerium der Finanzen	Vorbereitung politisch-regulativer Entscheidungen
BMF	Bundesministerium der Finanzen	Information/politische Kommunikation
BMF	Bildungszentrum der Bundesfinanzverwaltung (3)	Bereitstellung von Information über Ausbildungsmöglichkeiten in der Bundesfinanzverwaltung

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMF	Bundesamt für Finanzen	Annahme zusammenfassender Meldungen deutscher Unternehmer über Ust-relevante innergemeinschaftliche Leistungen
BMF	Bundesamt für Finanzen	Erarbeitung und Bereitstellung von fachspezifischen Informationen und Rechtsauskünften (z. B. Petitionen)
BMF	Bundesamt für Finanzen	Kontrolle von Internet-basierten steuerrelevanten Vorgängen (Internet-Abgleich)
BMF	Bundesamt für Finanzen	Vergabe deutscher Umsatzsteueridentifikationsnummern
BMF	Bundesamt für Finanzen	Erstattung, Vergütung und Freistellung von Steuern
BMF	Bundesamt für Finanzen	Personalverwaltungsdienstleistungen (Beihilfe, Reisekosten etc.)
BMF	Bundesamt für Finanzen	Qualifizierte Bestätigung europäischer Umsatzsteueridentifikationsnummern
BMF	Bundesamt für Finanzen	Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung von Steuerinformationen innerhalb der Verwaltung
BMF	Bundesamt für Finanzen	Zahlungen an Bezügeempfänger in der Bundesverwaltung (Beamte, Angestellte, Versorgungsempfänger; Kindergeld)
BMF	Bundesamt für Finanzen	Zentrale Kassenführung des Bundes
BMF	Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen	Aufgebotsverfahren
BMF	Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen	sonstige Informationsbereitstellung
BMF	Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen	Urteilssammlung
BMF	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	Informationsangebot zu bankenaufsichtlich relevanten Themen
BMF	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	Entgegenwirken gegen Missstände im Kredit- und Finanzdienstleistungsgewerbe
BMF	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	Verwaltungshandeln
BMF	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	Zusammenarbeit mit anderen Behörden/Institutionen
BMF	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Informationen Altersversorgungsverträge-Zertifizierungsgesetz (AltZertG) anbieten und Beschwerden bearbeiten
BMF	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Beschwerdebearbeitung im Rahmen von § 81 Versicherungsaufsichtsgesetz i. V. m. Art. 17 GG
BMF	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Vergabe von Zertifizierungskarten nach dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz (AltZertG)

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMF	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	BAWe-Informationsportal
BMF	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	Hinterlegung der Verkaufsprospekte
BMF	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	Hinweis-, Anfrage- und Beschwerdemanagement
BMF	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	Meldung der Stimmrechtsveränderungen
BMF	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	Veröffentlichung der Mindestpreise
BMF	Bundesfinanzakademie	Aus- und Fortbildung
BMF	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	Alkoholbestellung
BMF	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	Informationsangebote
BMF	Bundesschuldenverwaltung	Auflage und Verkauf von Münzen
BMF	Bundesschuldenverwaltung	Berichtswesen Gewährleistungen
BMF	Bundesschuldenverwaltung	Bank-/Auskunftsdienstleistungen im Rahmen der Ermächtigungskontrolle/Betriebsmittel
BMF	Bundesschuldenverwaltung	Schuldscheindarlehen
BMF	Bundesschuldenverwaltung	Internet-Banking-Angebot der BSV (BSV-Direkt)
BMF	Bundesvermögensverwaltung	Bewirtschaftung der Bundesforsten
BMF	Bundesvermögensverwaltung	Bewirtschaftung der Immobilien des Bundes
BMF	Bundeszollverwaltung	Internetangebot „zoll-d.de“
BMF	Bundeszollverwaltung	Zoll-Auktion „zoll-auktion.de“
BMF	Bundeszollverwaltung	Erstellung von Gutachten zur tariflichen Einreihung von Waren
BMF	Bundeszollverwaltung	Vollstreckung (eigene und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen)
BMF	Bundeszollverwaltung	Besondere Zollbehandlungen (Zolllager, aktive und passive Veredelung, Umwandlung, vorübergehende Verwendung)
BMF	Bundeszollverwaltung	Erhebung von Verbrauchsteuern (Steuerarten: Mineralöl, Strom, Bier, Schaumwein, Wein, Kaffee, Tabak)
BMF	Bundeszollverwaltung	Erlass, Erstattung und Nacherhebung von Abgaben (alle Abgabenarten)
BMF	Bundeszollverwaltung	Erlaubnis- und Zulassungsverfahren im Verbrauchsteuerrecht
BMF	Bundeszollverwaltung	Information der Marktbeteiligten und deren Zugriff auf den aktuellen Stand ihres Erstattungsverfahrens im Bereich der Agrarmarktordnungen

ANHANG 2 : Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMF	Bundeszollverwaltung	Zollbehandlung Ausfuhr (ohne Agrarsektor)
BMF	Bundeszollverwaltung	Zollbehandlung Einfuhr
BMF	Bundeszollverwaltung	Zollbehandlung Versand
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Öffentlichkeitsarbeit/Informationsbereitstellung/ Partizipation
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Abwicklung/Konzeption programmatischer Aktivitäten
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Außenwirtschaftliche Koordination
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Rechts-/Fachaufsicht
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Vorbereiten politisch-regulativer Entscheidungen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Abwicklung von Förderprogrammen (Zuwendungen, Garantien, Bürgschaften)
BMWi	Bundesagentur für Außenwirtschaft	Bereitstellung von Außenwirtschaftsinformationen
BMWi	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	Information, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit
BMWi	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	Ausfuhrkontrolle (Güterliste)
BMWi	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	Einfuhrgenehmigung
BMWi	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	Förderung erneuerbarer Energien
BMWi	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	Information, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing
BMWi	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	Fachinformationen bereitstellen
BMWi	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	Prüfungen, Analysen und Gutachten
BMWi	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	Beratung und Information
BMWi	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	Öffentlichkeitsarbeit und Marketing durchführen
BMWi	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	Fachinformation, Bereitstellung von Referenzmaterialien
BMWi	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	Prüfungen, Analysen, Zulassungen durchführen
BMWi	Bundeskartellamt	Öffentlichkeitsarbeit/Informationsbereitstellung/ Partizipation
BMWi	Bundeskartellamt	Ausübung der Missbrauchsaufsicht nach GWB

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMWi	Bundeskartellamt	Durchführung der Fusionskontrolle nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
BMWi	Bundeskartellamt	Durchsetzung des Kartellverbots nach GWB (u. a. Preis-, Quoten- und Submissionskartelle)
BMWi	Bundeskartellamt	Legalisierung von Kartellen nach GWB (u. a. Konditionen, Rationalisierungs- und Mittelstandskartelle, Empfehlungen)
BMWi	Bundeskartellamt	Überprüfung der Vergabe öffentlicher Aufträge nach GWB
BMWi	Deutsche Ausgleichsbank	Beratung durchführen
BMWi	Deutsche Ausgleichsbank	Krisenmanagement
BMWi	Deutsche Ausgleichsbank	Vergabe von Förderdarlehen
BMWi	Deutsche Ausgleichsbank	Informationen bereitstellen
BMWi	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	Information, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing
BMWi	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	Fachinformationen bereitstellen
BMWi	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	Prüfungen, Zulassungen, Akkreditierungen von Laboren, Geräten und Verfahren durchführen
BMWi	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	Online-Zeitsynchronisation der entfernten Rechner-Uhr
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Erarbeiten und Bereitstellen von Informationen
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Öffentlichkeitsarbeit
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Bearbeitung von Störungsmeldungen
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Durchführung von Schlichtungsverfahren
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Vergabe von Lizenzen für Post
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Vergabe von Lizenzen für Telekommunikation
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Vergabe von Rufnummern
BMWi	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	Zuteilung von Frequenzen
BMVEL	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Informationen für Bürger, Wissenschaft und Verwaltung (Portale zu Verbraucherschutz, ökologischer Landwirtschaft, digitaler Diskussion zu Verbraucherschutz und Ernährung, Fischerei, Grünem Bildungskatalog, Agrarsubvention und BMVEL-Forschung)

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort	Behörde	Dienstleistung
BMVEL	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	Information über den Zulassungsstand für Pflanzenschutzmittel
BMVEL	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	Informationen aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Biologische Bundesanstalt Land- und Forstwirtschaft	Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und Überwachung
BMVEL	Bundesanstalt für Fleischforschung	Information aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung	Information aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Bereitstellung von Information (inkl. Antragsformulare und Statistiken)
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Beitragserhebung für Agrarfonds
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Rindfleischetikettierung
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Vergabe von Forschungsmitteln und Verwendungskontrolle
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Genehmigung und Überwachung des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Organisation und Verwaltung der nationalen Nahrungs- und Futtermittel-Notstandsreserven
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Reederei
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Umsetzung der EU-Marktordnung
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Zulassung von Futtermitteln
BMVEL	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Finanzverwaltung zur Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik
BMVEL	Bundesanstalt für Milchforschung	Information aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen	Information aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesforschungsanstalt für Ernährung	Information aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	Information aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	Erhebung, Aufbereitung von Wirtschaftsdaten zur Fischerei (zur Abschätzung langfristiger Maßnahmen zum Bestandschutz)
BMVEL	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	Information aus dem Forschungsbereich

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort	Behörde	Dienstleistung
BMVEL	Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft	Informationen aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	Information aus dem Forschungsbereich
BMVEL	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	Tollwut Surveillance für tierärztliches und medizinisches Regierungspersonal sowie Öffentlichkeit
BMVEL	Bundesinstitut f. gesundheitlichen Verbraucherschutz und Vet.medizin	Bereitstellung wissenschaftlicher Ergebnisse auf dem Gebiet des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
BMVEL	Bundesinstitut f. gesundheitlichen Verbraucherschutz und Vet.medizin	Anzeigeverfahren für Diätetische Lebensmittel
BMVEL	Bundesinstitut f. gesundheitlichen Verbraucherschutz und Vet.medizin	Lebensmittel-Monitoring mit Datenerhebung durch die Länder
BMVEL	Bundesinstitut f. gesundheitlichen Verbraucherschutz und Vet.medizin	Vollzug der Tierarzneimittelzulassung und -überwachung
BMVEL	Bundessortenamt	Bereitstellen von Information für Bürger und Wirtschaftsbetriebe inklusive Antragsformulare
BMVEL	Bundessortenamt	Beschreibende Sortenliste bereitstellen
BMVEL	Bundessortenamt	Blatt für Sortenwesen veröffentlichen
BMVEL	Bundessortenamt	Gemeinschaftlicher Sortenschutz (Gemeinschaftl. Sortenamt und andere Staaten)
BMVEL	Bundessortenamt	Schutz pflanzenbaulicher Sorten (national)
BMVEL	Bundessortenamt	Zulassung pflanzenbaulicher Sorten (national)
BMVEL	Zentralstelle für Agrardokumentation und -information	Deutsches Agrarinformationsnetz (Informationen über Genetische Ressourcen (GENRES); Forschung in Deutschland; Veranstaltungen und Termine in Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft; Stellenmarkt Agrar)
BMA	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Information bereitstellen/Kommunikation anbieten
BMA	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Fördermaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL
BMA	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Projektförderung (Vergabeverfahren mit Bearbeitungsmodul „profi“)
BMA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	Informationen bereitstellen
BMA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	Buchausleihe
BMA	Bundesarbeitsgericht	Informationen bereitstellen
BMA	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	Informationen bereitstellen
BMA	Bundessozialgericht	Informationen bereitstellen

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMA	Bundessozialgericht	Elektronischer Rechtsverkehr
BMA	Bundessozialgericht	juris-Dokumentation
BMA	Bundesversicherungsamt	Informationen bereitstellen
BMA	Bundesversicherungsamt	Mutterschaftsgeld für nicht gesetzlich krankenversicherte Frauen
BA	Bundesanstalt für Arbeit	Vermittlung von Arbeitsplätzen
BA	Bundesanstalt für Arbeit	Aktive Arbeitsmarktpolitik (Weiterbildung, Training)
BA	Bundesanstalt für Arbeit	Beratung durchführen
BA	Bundesanstalt für Arbeit	Gewährung von Geldleistungen
BA	Bundesanstalt für Arbeit	Arbeitsmarkt-Forschung
BA	Bundesanstalt für Arbeit	Informationen bereitstellen
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Informationen bereitstellen
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Einzug von Rentenversicherungsbeiträgen (für Selbstständige und freiwillig Versicherte)
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Überprüfung der Beitragszahlungen durch Arbeitgeber
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Antragsverfahren und Bescheiderteilung bei der Berechnung und Gewährung von Renten
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Antragsverfahren und Bescheiderteilung bei der Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Durchführung von Beratungsgesprächen
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Fachinformation Umweltschutz
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Information und Kommunikation BMVg und Bundeswehr
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Nachwuchswerbung/-gewinnung Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Fachinformation Arbeitsschutz
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Terminologiedatenbank und Übersetzungsdienstleistungen anbieten (Bundessprachenamt)
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Beschaffungsvorgänge vorbereiten und durchführen für Rüstungsvorhaben u. sonstige Dienstleistungen
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Information und Kommunikation Wehersatzwesen (Wehrpflichtige/Arbeitgeber)
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	Projektinformation, -management und -vergabe zum Rahmenvertrag Bundeswehr und Wirtschaft

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort	Behörde	Dienstleistung
BMFSFJ	Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Erfassung und Bereitstellung von Information
BMFSFJ	Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Erfüllen der Dienstaufsicht für nachgeordnete Behörden
BMFSFJ	Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Förderung von Forschungsvorhaben
BMFSFJ	Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Förderung von Maßnahmen und Institutionen
BMFSFJ	Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Vorbereitung und Beratung von politischen Entscheidungen
BMFSFJ	Bundesamt für den Zivildienst	Erfassung und Bereitstellung von Information
BMFSFJ	Bundesamt für den Zivildienst	Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern
BMFSFJ	Bundesamt für den Zivildienst	Teilbereiche der Anerkennung von Zivildienststellen und Betreuung von Zivildienststellen
BMFSFJ	Bundesamt für den Zivildienst	Teilbereiche der Einberufung und Betreuung von Zivildienstleistenden
BMFSFJ	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	Erfassen und Bereitstellen von Informationen
BMFSFJ	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	Bearbeiten eines Antrags auf Indexierung
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Fachinformation bereitstellen/Kongresse
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Vorbereiten politisch-regulativer Entscheidungen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Bereitstellung Positiv-Liste Arzneimittel
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Information/politische Kommunikation
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Statistiken aus dem Bereich des Gesundheitswesens
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Vergabe von Fördermitteln
BMG	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	Fachinformationen (Arzneimittelinformationssystem (AMIS) – öffentlicher Teil über den Datenbank-Host DIMDI)
BMG	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	Arzneimittelüberwachung
BMG	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	Bearbeitung von Teilen von Arzneimittelanträgen (Zulassung, Nachzulassung, Verlängerung, Änderungsanzeigen)
BMG	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Fachinformation bereitstellen (zur gesundheitlichen Aufklärung, Sexualaufklärung und Familienplanung; Bestellsystem bereitstellen)
BMG	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Interaktive Beratung zu Sucht und Drogen

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMG	Deutsches Institut f. med. Dokumentation u. Information	Fachinformationen bereitstellen (Informationssystem über Medizinprodukte, Arzneimittel und HTA; Klassifikationen)
BMG	Deutsches Institut f. med. Dokumentation u. Information	Weitere Fachinformationen bereitstellen
BMG	Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe	Erhebung, Auswertung und Bereitstellung der Daten gemäß § 21 Transfusionsgesetz (TFG)
BMG	Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe	Verbraucherinformationen bereitstellen/ Pressearbeit durchführen
BMG	Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe	Wissenschaftliche Beratung durchführen
BMG	Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe	Pharmakovigilanz (UAW)
BMG	Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe	Arzneimittel/Mittel- Zulassung, -Chargenprüfung/ Zulassungspflege
BMG	Robert-Koch-Institut	Auswertung von Daten (IfSG, GenTG, Krebsregister)
BMG	Robert-Koch-Institut	Fachinformation (Infektionsgeschehen, Daten zu Krankheiten, Gesundheitsberichte, Biologische Sicherheit)
BMG	Robert-Koch-Institut	Recherchemöglichkeiten in Datenbanken
BMG	Robert-Koch-Institut	Verbesserte Transparenz und Partizipation z. B. durch Diskussionsforen
BMG	Robert-Koch-Institut	Austausch von Daten mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Bürgerbeteiligung im Zuge der Rechtssetzung ermöglichen
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Informationen bereitstellen
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Bibliothekenverbund
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Internationale und nationale Koordination der Belange des Verkehrs-, Bau- und Wohnungswesens
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Ausschreibungen und Vergabeverfahren durchführen
BMVBW	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Fachinformationen zu Bauwesen, Raumordnung, Münzwesen
BMVBW	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Wissenschaftliche Forschung/Politikberatung
BMVBW	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Beschaffung Baubereich

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde	Dienstleistung
BMVBW Bundesamt für Güterverkehr	Erhebungen und Analysen durchführen (statistische Abfragen, Marktgespräche)
BMVBW Bundesamt für Güterverkehr	Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren
BMVBW Bundesamt für Güterverkehr	Erstattung von Autobahnbenutzungsgebühren
BMVBW Bundesamt für Güterverkehr	Erteilung von Genehmigungen
BMVBW Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	Allgemeiner Schifffahrtsdienst
BMVBW Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	Herstellung und Herausgabe nautischer Veröffentlichungen
BMVBW Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	Meereskundliche Dienste
BMVBW Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	Navigations- und Funkausrüstung
BMVBW Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	Nutzung und Schutz der Meere
BMVBW Bundesanstalt für Gewässerkunde	Fachinformationen bereitstellen
BMVBW Bundesanstalt für Straßenwesen	Wissenschaftliche Beratung des BMVBW
BMVBW Bundesanstalt für Wasserbau	Gutachterliche und wissenschaftliche Beratung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
BMVBW Bundeseisenbahnvermögen	Personalbetreuung für Beamte in den Unternehmensbereichen der DB AG durchführen
BMVBW Bundeseisenbahnvermögen	Bezügezahlung für Beamte, Angestellte, Versorgungsempfänger, Kindergeld und Familienzuschlag
BMVBW Bundeseisenbahnvermögen	Kostenerstattung im Rahmen der Krankenversicherung und Pflegeversicherung der Beamten
BMVBW Bundeseisenbahnvermögen	Verkauf von Immobilien durchführen
BMVBW Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	Flugsicherheitsarbeit durchführen
BMVBW Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	Flugunfälle untersuchen
BMVBW Deutscher Wetterdienst	Erfassung und Bereitstellung von meteorologischen Grundlageninformationen
BMVBW Deutscher Wetterdienst	Meteorologische Vorhersage und Beratung
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Informationen bereitstellen, Publikationen anbieten
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Stellen ausschreiben
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Stellungnahmen abgeben
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Überwachung des betriebssicheren Zustandes
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Anerkennung, Überwachung von Benannten Stellen nach RL 96/48/EG und der Eisenbahn-Interoperabilitätsverordnung

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde	Dienstleistung
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Baufreigaben, Abnahmen, Zulassungen, Ausnahmegenehmigungen
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	EG-Zertifizierung von Eisenbahntechnik
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Vergabe von Förderungen
BMVBW Eisenbahn-Bundesamt	Vergabeverfahren nach den Verdingungsordnungen VOL/A, VOB/A und VOF
BMVBW Kraftfahrt-Bundesamt	Fachinformationen bereitstellen
BMVBW Kraftfahrt-Bundesamt	Akkreditierung/Zertifizierung
BMVBW Kraftfahrt-Bundesamt	Führen zentraler Verkehrs- und Kfz-Register
BMVBW Kraftfahrt-Bundesamt	Typgenehmigungen für Fahrzeuge und Fahrzeugteile (Typ-Gen)
BMVBW Luftfahrt-Bundesamt	Lizenzerteilung Luftfahrtpersonal
BMVBW Luftfahrt-Bundesamt	Lizenzerteilung Prüfer Luftfahrtgerät
BMVBW Luftfahrt-Bundesamt	Verkehrzulassung von Luftfahrzeugen
BMVBW Oberprüfungsamt für die höheren und techn. Verwaltungsbeamten	Abnahme der Großen Staatsprüfung
BMVBW Wasser- und Schifffahrtsdirektionen	Allgemeine Informationen bereitstellen
BMVBW Wasser- und Schifffahrtsdirektionen	Erfassen, Festsetzen und Einheben von Schifffahrtsabgaben (ASS online) – Schiffsmaut
BMVBW Wasser- und Schifffahrtsdirektionen	Fachinformationen (Wasserstraßen-Informationssysteme)
BMVBW Wasser- und Schifffahrtsdirektionen	Genehmigungen im Rahmen der Wasserstraßenverwaltung erteilen
BMVBW Wasser- und Schifffahrtsdirektionen	Ordnungswidrigkeiten (Owi)
BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Information bereitstellen, politische Kommunikation und Partizipation, Öffentlichkeitsarbeit, Fachinformationen
BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Informationen zum Fachgebiet (z. B. Umweltinformationsportal GEIN)
BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bewertung externer Anträge (Forschungsförderung, Anerkennungen etc.)
BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Vorbereiten politisch-regulativer Entscheidungen z. B. Gesetzesvorhaben, RechtsVO, Verwaltungsvereinbarungen
BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Förderung von Verbänden
BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Forschungsförderung auf Grund eingereicherter Anträge (reaktiv)
BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Forschungsförderung per Ausschreibung (aktiv)

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort Behörde		Dienstleistung
BMU	Bundesamt für Naturschutz	Informationen bereitstellen/Kommunikation
BMU	Bundesamt für Naturschutz	Bearbeiten und Bereitstellen von Fachinformationen (z. B. NATIS)
BMU	Bundesamt für Naturschutz	Vergabe von Förderungen
BMU	Bundesamt für Naturschutz	Online-Antragstellung zur Genehmigung von Ein- und Ausfuhr geschützter Pflanzen- und Tierarten nach dem Washingtoner Artenschutz-übereinkommen (CITES)
BMU	Bundesamt für Strahlenschutz	Informationen bereitstellen, Kommunikation
BMU	Umweltbundesamt	Information bereitstellen/ Kommunikation und Beratung
BMU	Umweltbundesamt	Bearbeiten und Bereitstellen von Fachinformationen (UMPLIS)
BMU	Umweltbundesamt	Wissenschaftliche Politikberatung
BMU	Umweltbundesamt	Genehmigungs- und Prüfungsverfahren (Gesetzesvollzug)
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bereitstellung von allgemeinen Informationen
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Diskussion und Beteiligung zu politischen Vorhaben ermöglichen (Partizipation fördern)
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bereitstellung von Fachinformationen über Bildung und Forschung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Durchführung der Forschungsfrühkoordinierung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Vergabe von individuellen Förderungen
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Vergabe von institutionellen Förderungen
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Vergabe von projektbezogenen Förderungen
BMZ	Bundesministerium f. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Allgemeine Informationen bereitstellen
BMZ	Bundesministerium f. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Gutachterbewerbungen
BMZ	Bundesministerium f. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Spezielle Fachinformationen (Evaluierungsprogramme; PPP)
BMZ	Bundesministerium f. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Gutachervermittlung
BMZ	Bundesministerium f. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Spezielle Fachinformationen für Durchführungsorganisationen

ANHANG 2: Liste der Dienstleistungen der Bundesverwaltung

Ressort	Behörde	Dienstleistung
BMZ	Bundesministerium f. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Projektförderung
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Öffentlichkeitsarbeit
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Medienauswertung
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Pressearbeit/Pressebetreuung
BKM	Beauftragter der Bundesregierung f. Angelegenheiten d. Kultur u. Medien	Informationen über die Aktivitäten des BKM in den Bereichen Kunst, Kultur und Medien
BKM	Beauftragter der Bundesregierung f. Angelegenheiten d. Kultur u. Medien	Mitwirkung an der Gestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kunst, Kultur und Medien
BKM	Beauftragter der Bundesregierung f. Angelegenheiten d. Kultur u. Medien	Institutionelle Förderung gesamtstaatlich bedeutsamer Einrichtungen (Kultur, Kunst, Geschichte, Medien)
BKM	Beauftragter der Bundesregierung f. Angelegenheiten d. Kultur u. Medien	Projektförderung gesamtstaatlich bedeutsamer Einrichtungen, Veranstaltungen oder Maßnahmen
BKM	Bundesarchiv	Benutzung von Archivgut
BKM	Bundesarchiv	Betreuung und Beratung oberster Bundesbehörden, sonstiger Behörden, Gerichte und Verbänden sowie Personen/Stellen des privaten Bereichs
BKM	Bundesarchiv	Übernahme und Ausleihe (Zwischenarchivische und archivische Dienstleistungen)
BKM	Bundesarchiv	Bewertung und Erschließung von Archivgut, Erstellen/Pflegen von Beständeübersichten
BKM	Bundesarchiv	Veröffentlichungen
BKM	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	Wissenschaftliche Arbeit und Lehre
BKM	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	Erstellung von Ausarbeitungen und Stellungnahmen (für BKM) *)
BKM	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	Wissenschaftliche Erhebungen und Dokumentationen *)
BKM	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	Wissenschaftskoordination *)

*) Diese Dienstleistungen werden gegebenenfalls als eine Dienstleistung „Bereitstellung wissenschaftlicher Information und wissenschaftlicher Dokumentation“ online bereitgestellt.



Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium des Innern
Stabsstelle Moderner Staat – Moderne Verwaltung
11014 Berlin

Gestaltung:

Projekt-PR, Bonn - J. Rumberg

Fotos:

Lutz Schmidt, Bonn

Druck:

Bonifatius Druck - Buch - Verlag, Paderborn

Stand:

Dezember 2001

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben
und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

